

Gerechtigkeit - Leitbild der Politik?

Die Identifikation der Bürger mit ihrem Staat steht und fällt mit der Beantwortung der Frage nach Gerechtigkeit und eben nicht nur nach ihrem Nutzen, Effizienz oder der rationalen Zweckmäßigkeit. Der zentralen Frage unserer politischen Grundordnung, was Gerechtigkeit sei, ging eine interdisziplinäre Fachtagung in der Akademie nach. Denn die Antwort kann nicht allein theoretisch von der Ethik geben werden. Deshalb trafen sich Philosophen zusammen mit Sozial- und Rechtswissenschaftlern sowie Praktikern der Politik in Tutzing.

Siehe Seite 18



Der CDU-Politiker Heiner Geißler in Tutzing: „Die CDU hat nichts gegen den Turbo-Kapitalismus gesagt und deshalb die Wahl verloren.“

Foto: Stern

Schutz vor Altersarmut

Der Sozialstaat steckt in der Krise, die sozialen Sicherungssysteme stehen vor dem Kollaps, die Globalisierung erzwingt einen Systemwechsel. Diese Themen stehen seit vielen Jahren ganz weit oben auf der politischen Tagesordnung. Und wenn die Zeichen des politischen Alltags in Deutschland nicht täuschen, dann werden sie dort auch noch eine ganze Weile stehen bleiben. Andere Fragen werden dadurch ein wenig in den Hintergrund gedrängt, verlieren deswegen aber nicht an Brisanz.

Beim Themenkomplex Rentenversicherung zählt dazu sicher die Alterssicherung der Frauen. Eine internationale Expertenkonferenz mit Beteiligung von Fachfrauen aus der Schweiz, Dänemark und Frankreich diskutierte Modelle und praktizierte Konzepte, wie den Frauen in Zukunft eine eigenständige Absicherung ohne Abhängigkeit von der Erwerbsarbeit des Mannes garantiert werden könne.

Siehe Seite 3

Wahljahr 1998 - Eine Bilanz

von Heinrich Oberreuter

Was zunächst auffällt: die Unaufgeregtheit des Regierungswechsels, ohne emotionales Beben wie bei früheren Anlässen. Aber erstmals haben die Wähler eine Regierung unbestreitbar abgewählt. Trotzdem waren Stil und Umgang in der Phase des Heraus- und Hineinwachsens aus und in die Regierungsverantwortung vorbildlich und geprägt von Respekt vor dem Amt: ein fast unerwartetes Reifezeugnis für die politische Kultur in Deutschland.

Ein zweiter Eindruck: Endgültig werden wir uns an modernes Wahlkampfmanagement gewöhnen müssen - ein Zusammenwirken von Marketing, Demoskopie, Imagepflege und Public Relations zur Gestaltung von Stimmungslandschaften. Gegeben hat es das in Ansätzen auch vorher schon, so perfektioniert noch nie. Weniger denn je ist Wahlkampfkommunikation argumentativ. Es bedarf einer reifen politischen Kultur der politisch Interessierten, um das aushalten zu können.

Drittens stellt sich eine gewisse Überraschung über Rollenfindungsprobleme der politischen Elite ein. Erfahrungen in Bundesländern garantieren keineswegs Beherrschung der im Bund erforderlichen Regierungstechnik. Opposition formiert sich dagegen leichter, aber auch nicht automatisch. Die sich immer stärker ausprägende Flexibilität der Wähler könnte in Zukunft Erfahrungsdefizite beim Rollentausch vermindern, falls die offene Machtwechselchance die Demokratie nicht nur in den Lehrbüchern, sondern auch in der Wirklichkeit charakterisiert.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Schutz vor Altersarmut: Zwischen Grundsicherung und Erziehungsgehalt	3
Das Schweizer Drei-Säulen-Modell: Starke Komponente der Solidarität	6
Experiment mit Modellcharakter	7
Ausländerpolitik: Situation und Zukunft jugendlicher Migranten in München	9
Herrschaft der Verbände?	11
Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee: Welchenstellung für Deutschland?	13
50 Jahre öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Bayern: Rundfunkkultur - Kulturrundfunk?	15
Kinder und Fernsehen: Harmloses Vergnügen oder gefährlicher Einfluß?	16
Gerechtigkeit als Leitbild der Politik	18
Europa vermitteln heißt Werte vermitteln	20
Gauck eröffnet Stasi-Ausstellung	22
Globalisierung als Entnationalisierung?	23
Themen - Tagungen - Termine	28
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	34
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	37
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	44

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans Maier
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Dr. Horst Denzer, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Gebhard Diemer, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus Grosch
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik,
Politische Bildung

Dr. Uwe Kranenpohl
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und
Parteienforschung

Jürgen Maruhn, Dipl. Volkswirt
Parteidemokratie, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael Piazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfas-
sungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt, Sozial-
politik und -arbeit

Organisationsreferat:
Elke Lelsching
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München

Der Akademie-Report wird kostenlos
abgegeben

Schutz vor Altersarmut:

Zwischen Grundsicherung und Erziehungsgehalt

Fachkonferenz erörtert Modelle einer eigenständigen
Alterssicherung der Frauen

Mit der Alterssicherung der Frau beschäftigte sich eine Expertenkonferenz, die das Haus bis auf den letzten Platz füllte. Dieser erfreuliche Zuspruch hing sicher auch mit der internationalen Ausrichtung der Tagung zusammen. Verena Brombacher-Steiner, Vizedirektorin am Bundesamt für Sozialversicherung in Bern, Prof. Dr. Anna Christensen von der Universität Lund und Nicole Kerschen von der Sorbonne in Paris stellten die Schweiz, Schweden und Frankreich mit den Besonderheiten ihrer Sicherungssysteme und den speziellen Regelungen zur Alterssicherung der Frau vor. Renate Bosien (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin), Stefanie Wahl (Institut für Wirtschaft und Gesellschaft, Bonn) und Dr. Mechthild Veil (Büro für Sozialpolitik und Geschlechterforschung in Europa, Kronberg), hatten die Aufgabe übernommen, diese Beiträge aus deutscher Sicht kurz zu kommentieren und auf mögliche Anregungen für Deutschland abzuklopfen, was sich angesichts der Kompliziertheit der Materie für die allgemeine Diskussion als sehr nützlich erwies.

Das deutsche Rentensystem ist an Erwerbsarbeit orientiert. Bereits 1913 wurde in einer Abhandlung unter dem Thema „Die Stellung der Frau in der Reichsversicherungsordnung“ auf die Vernachlässigung der nicht versicherungspflichtig Beschäftigten hingewiesen. Das waren damals und sind bis heute in erster Linie die Hausfrauen. Sie schränken ihre Erwerbsarbeit vor

allem für Kindererziehung ein, Grundvoraussetzung für den Bestand nicht nur des Generationenvertrages.

Das Problem blieb aktuell. 1992 hat das Bundesverfassungsgericht in seinem „Kindererziehungszeiten-Urteil“ den Gesetzgeber verpflichtet, „den Mangel des Rentenversicherungssystems, der in den durch Kindererzie-

hung bedingten Nachteilen bei der Altersversorgung liegt, in weiterem Umfang als bisher auszugleichen“.

Diese ökonomischen Nachteile, so Prof. Dr. Anita Pfaff von der Universität Augsburg, gehen übrigens weit über die Zeit der unterbrochenen oder reduzierten Berufstätigkeit und die dadurch später geminderten Rentenansprüche hinaus. Selbst bei Frauen, die trotz Kindererziehung ihre Erwerbsarbeit nie völlig unterbrochen haben, ist ein *lebenslanger* Effekt der Einkommensminderung im Vergleich zu Frauen feststellbar, die keine Kinder haben. Dieser Effekt hängt eng zusammen mit der Kinderzahl und der Dauer der Erwerbsunterbrechung. Die durch Kindererziehung erworbenen Kompetenzen werden am Arbeitsmarkt nicht honoriert.

Nun ist durch die Anerkennung von drei Jahren pro Kind in der Rentenversicherung auf diesem Feld ein deutlicher Fortschritt für die Frauen erzielt worden. Um die empirisch nachgewiesenen Einkommensverluste auszuglei-

Die eigene Rente

Von je 100 Rentnehmern in Deutschland erhalten eine monatliche Rente“ von

Männer Frauen



*Altersrente und Rente wegen verminderter Erwerbstätigkeit, ohne Witwenrente; monatlicher Zahlbetrag

Stand Ende 1997
Rundungsbedingte Differenzen Quelle: VRD

Familie ist hinderlich - zumindest wenn es um den Erwerb eigener Rentenansprüche geht. Denn die Höhe der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung bemäßt sich nach Anzahl und Höhe der eingezahlten Beiträge. Wer Kinder oder andere Angehörige betreuen muß, kann einer Erwerbstätigkeit häufig nicht oder nur eingeschränkt nachgehen, und meist wird nur ein kleiner Teil dieser Zeit für die Rente angerechnet. 1997 betrug die monatliche Altersrente bei der Hälfte der Rentnerinnen in Deutschland weniger als 900 Mark.

chen, reicht er allerdings nicht hin, auch nicht, wenn demnächst diese drei Jahre mit 100 Prozent des Durchschnittseinkommens bewertet werden, statt wie bisher mit 75 Prozent.

Daß die alte Bundesregierung die Anrechnung von Kindererziehungszeiten als Hausfrauenprivileg einführen und berufstätigen Frauen vorenthalten wollte, wurde vom Bundesverfassungsgericht verworfen. Es verlangte bis Mitte 1998 die Umsetzung auch der additiven Anrechnung, wie es dann mit der Ende 1997 verabschiedeten Rentenreform 1999 erfolgte.

Es wurde deutlich, daß rentenrechtliche Reformen immer bestimmten gesellschafts- und frauenpolitischen Leitbildern folgen. Das wurde für die gesamte Tagung zu einer Schlüsselfrage, sowohl bei den Beiträgen über die Schweiz, Frankreich und Schweden als auch über Deutschland.

Anita Pfaff betonte die große Bedeutung der Rentenreform 1957, weil hier die Entscheidung für die dauerhafte Verbindung von Lohn und Altersversorgung auf dem Niveau einer lebensstandardsichernden, nicht nur existenzsichernden Rente fiel. Das hinter dieser Reform stehende Frauenbild aber blieb orientiert an der Hausfrauenehe, besonders deutlich erkennbar an der sogenannten Heiratserstattung. Mit dieser Regelung konnte sich eine Frau bei der Eheschließung ihre bisher geleisteten Rentenbeiträge auszahlen lassen. Weil aber im Gegenzug auf alle Rentenansprüche verzichtet werden mußte und überdies nur die Arbeitnehmerbeiträge ausgezahlt wurden, war das für die Frauen langfristig ein schlechtes Geschäft, das, wie wir heute sehen, in ihren Anwartschaften deutliche Spuren hinterlassen hat.

Lückenlose Erwerbsbiographien immer seltener

Ganz anders die 1972 eingeführte Rente nach Mindesteinkommen. Sie wurde geschaffen für Personen, die mindestens 25 Jahre versichert waren. Ihnen wurde jetzt für jedes Jahr eine Mindestanwartschaft gutgeschrieben, auch wenn die tatsächlichen Verdienste dahinter zurückgeblieben waren. Diese Regelung sollte die Lohndiskri-

minierung der Frauen am Arbeitsmarkt ein Stück weit ausgleichen, und es waren in der Tat besonders Frauen, die davon profitiert haben.



Anita Pfaff: „Frauenbild orientiert an der Hausfrauenehe“.

Für Frauen höchst problematisch ist die jüngste Reform des deutschen Rentenrechts, die für 1999 beschlossene Absenkung des Nettorentenniveaus von 70 auf 64 Prozent (für den Eckrentner mit 45 Versicherungsjahren als Durchschnittsverdiener). Zusammen mit der eingeschränkten Anerkennung von Ausbildungszeiten wird das die Altersversorgung vieler Frauen mit niedrigen Rentenansprüchen an den Rand der Sozialhilfe führen. Wenn auf den demographischen Faktor in der Rentenformel nicht verzichtet werden kann, müsse deshalb, so Anita Pfaff, eine bedarfsabhängige Mindestsicherung innerhalb der Rentenversicherung eingeführt werden. Von ihr könnten in wachsender Zahl auch Männer profitieren, weil lückenlose Erwerbsbiographien immer seltener werden. Was von den Frauen vor allem für Kindererziehung und Pflege in der Vergangenheit mehr oder auch weniger freiwillig akzeptiert wurde, wird den Männern (und den Frauen zusätzlich!) durch zwei Jahrzehnte Massenarbeitslosigkeit aufgezwungen: Verzicht auf Erwerbsarbeit.

Monika Rahn (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt) mußte in ihrer Übersicht über „Die deutsche Reformdiskussion heute“ bei mehreren Vorschlägen daran erinnern, daß für Rentenansprüche eine sachadäquate Form der Finanzierung gewählt werden sollte. Bei der immer wieder

auftauchenden Idee, Rentenbeiträge nach der Kinderzahl zu staffeln, handle es sich eigentlich um ein zusätzliches Kindergeld, das für die Altersversorgung nichts bringe. Wenn das politisch gewollt werde, sollte man es auch über das Kindergeld regeln und aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanzieren. Hier gelte das gleiche wie bei anderen versicherungsfremden Leistungen wie der Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente: Es sei nicht einzusehen, daß für gesamtgesellschaftlich notwendige Aufgaben nur die Gemeinschaft der Beitragszahler zur Rentenversicherung aufkomme, Beamte und Selbständige aber ebenso außen vor blieben wie die gut verdienenden Beitragszahler mit ihrem Einkommen oberhalb der Bemessungsgrenze.



Monika Rahn: „Eigene Erwerbstätigkeit sicherster Weg zur Rente“

Monika Rahn betonte, daß in einem an Erwerbstätigkeit anknüpfenden System wie dem deutschen der sicherste Weg zu höheren und rechtlich gesicherten Rentenansprüchen der Frau über eigene Erwerbstätigkeit führe.

Erziehungsgehalt

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung sei deshalb mindestens so wichtig wie alle rentenrechtlichen Reformen. Hier tauchte die Frage nach den Leitbildern wieder auf, und zwar besonders vor dem Hintergrund neuer Vorschläge für ein Erziehungsgehalt (Leipert/Opielka Mai 1998), das von Vertreterinnen der Deutschen Hausfrauengewerkschaft und der ÖDP durchaus positiv gese-

hen wurde, überwiegend aber doch als Instrument galt, mit dem die Frauen vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden sollen. Bemerkenswert waren in diesem Zusammenhang die gleichlautenden Aussagen von Anna Christensen über Schweden und Nicole Kerschen über Frankreich: Dort werde die deutsche Diskussion über Hausfrauen kaum noch verstanden, Erwerbstätigkeit auch von Müttern sei längst die Regel, weil von einem Gehalt eine Familie kaum leben könne.

Mechthild Veil sah die deutsche Familien- und Sozialpolitik an einer



Nicole Kerschen: „Deutsche Diskussion wird in Frankreich nicht verstanden“.

Weggabel: Erziehungsgehalt oder verwandte Ansätze einerseits, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur (Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen) zur Unterstützung der Berufstätigkeit von Müttern andererseits. Für beides werde mit Sicherheit kein Geld in den öffentlichen Kassen sein. Man müsse sich entscheiden.

Dominierende Familienorientierung

Vor diese Alternative gestellt, sagten die Vertreterinnen der politischen Parteien, von denen für die CSU Staatsministerin Prof. Ursula Männle kurzfristig Absagen musste, einhellig nein zum Erziehungsgehalt. Zweifel an der Finanzierbarkeit spielten für Ulrike Mascher (SPD), Ruth Paulig (Bündnis 90/Die Grünen) und Sabine Leuthusser-Schnarrenberger (FDP) nicht die Hauptrolle, sondern vor allem das dahinter stehende Frauenbild mit seiner dominierenden Familienorientierung.

Für die Weiterentwicklung der Rentenversicherung wollen SPD und Grüne beim Umlageverfahren bleiben. Mit Blick auf die Situation der Frauen setzen sie auf eine bedarfsoorientierte Mindestsicherung, die Weiterführung der Rente nach Mindesteinkommen bzw. verbesserte Anerkennung von Teilzeitbeschäftigung, Sozialversicherungspflicht auch für geringfügig Beschäftigte, langfristig für alle Bürger. Wichtige Unterschiede bestehen aber in der Einschätzung des demographischen Faktors in der Rentenformel, den die Grünen aus Gründen der Gerechtigkeit zwischen Generationen befürworten. Das von der SPD gerade für das Ziel einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau vorgeschlagene Splitting der gemeinsam erworbene Rentenansprüche (beim Todesfall eines der Partner) lehnen die Grünen ab.

Die FDP hingegen steht sowohl dem Splitting, der Sozialversicherungs-



Mechthild Veil: „Familien- und Sozialpolitik an der Weggabel“.

Fotos: Diaconu

plicht für geringfügige Beschäftigungen als auch dem Fernziel einer Bürgerversicherung kritisch gegenüber. Die eigenständige Sicherung der Frau will sie bei der anstehenden Reform der Hinterbliebenenrenten realisieren. Der langfristige Weg der Rentenversicherung sei mit dem demographischen Faktor der Rentenreform 1999 vorgezeichnet: In 30 bis 40 Jahren werde Deutschland bei einer beitragsfinanzierten Grundsicherung stehen,

daneben werde sich die private Vorsorge entwickeln, die vom Staat viel stärker zu fördern sei.



Anna Christensen: „Erwerbstätigkeit von Müttern in Dänemark längst die Regel“.

Diese Frage, ob das auf Umlagefinanzierung, Erwerbsarbeit, Beiträgen und Äquivalenzprinzip ruhende deutsche System krisensicher sei, war im Laufe der Konferenz immer wieder angesprochen worden. Für Renate Bosien hat es seine Anpassungsfähigkeit auch in Krisenzeiten mehrmals unter Beweis gestellt. Mechthild Veil war da skeptischer und besonders Stefanie Wahl warnte beim Blick auf Frankreich und Schweden diese Länder davor, noch stärker als in der Vergangenheit die Erwerbsarbeit zum Fundament des Rentensystems zu machen. Angesichts der Globalisierung könnte man nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß die Arbeitsmarktprobleme vieler Staaten sich so schnell in Wohlgefallen auflösen würden. ■

Karl-Heinz Willenborg

Das Schweizer Drei-Säulen-Modell: Starke Komponente der Solidarität

Das Rentensystem der Schweiz ist vor einiger Zeit von einer Expertenkommision als eine besonders solide gebaute Gesamtkonstruktion bezeichnet worden. Mit ihrer Mischung aus Umlage- und Kapitaldeckungs-, staatlichen und privaten Komponenten biete sie für alle denkbaren Risiken einen optimalen Schutz. Mit dieser Einschätzung scheinen die Schweizer nicht allein zu stehen, denn ihr Modell wird auch vom Ausland stark beachtet.

Das Schweizer System ruht auf drei Säulen, die in sich zweigeteilt sind. Die erste Säule, die als eine staatliche Versicherung der gesamten Wohnbevölkerung ausgestaltet ist, garantiert für jeden Schweizer ein Existenzminimum, eine Grundversorgung. Gerade im Vergleich zu Deutschland mit seiner Betonung der Äquivalenz von Beiträgen und späteren Rentenleistungen fällt die starke Komponente der Solidarität auf. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen ohne Beitragsbemessungsgrenze(!) je 4,9 Prozent vom Bruttolohn, Selbständige 9,2 Prozent



**Verena Brombacher-Steiner,
Vizedirektorin am Bundesamt für
Sozialversicherung in Bern**

Franken monatlich, steigen aber nicht über 2000 Franken, bei Ehepaaren nicht über 1500 Franken pro Kopf! Als zweiter Teil dieser ersten Säule gibt es Ergänzungsleistungen für solche Personen, die wirklich nur über den Mindestbetrag aus der Grundsicherung verfügen, denn von 1000 Franken monatlich kann man heute in der Schweiz zumindest in der Großstadt nicht leben.



Karikatur: Mester

allein, auch Nichterwerbstätige müssen je nach Einkommenssituation Beiträge bezahlen. Die aus dieser Grundsicherung im reinen Umlageverfahren gezahlten Renten liegen je nach Beitragsleistung bei mindestens 1000

Die zweite Säule, die berufliche Vorsorge, soll in etwa die Aufrechterhaltung des gewohnten Lebensstandards gewährleisten. Sie wird im reinen Kapitaldeckungsverfahren finanziert. Auch sie ist durch ein Bundesgesetz

geregelt und bezieht sich auf einen Einkommensbereich zwischen 24 000 und knapp 72 000 Franken, d.h. in der zweiten Säule gibt es eine Beitragsbemessungsgrenze. Im ersten obligatorischen Teil der zweiten Säule zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 50 Prozent der Beiträge, für den zweiten Teil (freiwillige Höherversicherung) können andere Schlüssel gelten. Die Rentenleistungen richten sich nach den früheren Beiträgen. Alle Arbeitgeber müssen bestimmten Pensionskassen angeschlossen sein, die die Gelder anlegen.

Die dritte Säule ist die rein private Altersvorsorge, die der Staat aber im gebundenen Teil (sogenannte blockierte Konten) für erwerbstätige Frauen steuerlich begünstigt.

Nachdem die Schweiz im Rentenrecht lange beim traditionellen Familienbild mit dem Mann als Oberhaupt der Familie geblieben war, wurde vor drei Jahren die Beitragsfreiheit des nicht erwerbstätigen Ehepartners abgeschafft. Dafür erhält sie/er nun einen eigenständigen Rentenanspruch, indem die während einer Ehe geleisteten Beitragszahlungen auf beide zu gleichen Teilen aufgeteilt werden. Das ist im Falle einer Scheidung für die Frauen eine große Verbesserung. Weiter zu erwähnen sind die erheblichen Gutschriften für Kinder oder Pflegepersonen. Wer ein Kind unter 16 im Haushalt hat oder einen direkten Verwandten zu Hause pflegt, bekommt Beitragsleistungen für ein Jahreseinkommen von 36 000 Franken gutgeschrieben. Das reicht durchaus an einen Erziehungslohn oder Pflegelohn heran, man muß aber sehen, daß sich das nur auf die Grundsicherung in der ersten Säule bezieht, bei bereits gut Verdienenden wegen der Obergrenze 3000 Franken für Ehepaare also keine bedeutende Steigerung mehr bringen kann.

Über einen einheitlichen Rentenbetrag für alle in der Grundsicherung und eine Ausweitung des Splitting auf die zweite Säule wird in der Schweiz diskutiert, aber bisher traut sich anscheinend noch niemand zu, das erfolgreich durch ein Referendum zu bringen, dem praktisch alle wichtigen Sozialgesetze in der Schweiz unterworfen werden. ■

Karl-Heinz Willenborg

Experiment mit Modellcharakter

Die „Arbeitsgemeinschaft Kooperation im Ausländerbereich“ als Langzeitprojekt praxisbegleitender politischer Bildung führt zu Klimaverbesserung und Akzeptanz

Politische Erwachsenenbildung arbeitet überwiegend unter den Bedingungen der sogenannten „Kurzzeitpädagogik“. Dieser Zustand wird oft als Mangel empfunden, da Bildung eher einen langfristigen Prozeß darstellt. Zudem ist in den letzten Jahren eine Tendenz zur Verkürzung der Tagungen festzustellen. Allerdings gibt es erfreuliche Ausnahmen zu diesem Trend. Eine davon ist das längerfristige Fortbildungsprojekt, das sich inzwischen als „Arbeitsgemeinschaft Kooperation im Ausländerbereich“ in München etabliert hat.

Ursprünglich verständigten sich einige Dienststellen des Sozialreferats der Landeshauptstadt (zunächst Allgemeiner Sozialdienst und Jugendamt) mit den im gleichen Bereich tätigen freien Wohlfahrtsverbänden zu einer engeren Zusammenarbeit. Es ging um gegenseitige Hilfen bei der Arbeit. Die Wohlfahrtsverbände, deren Mitarbeiter zumeist selbst Migranten waren, konnten mit Hintergrundinformationen über die Klientelgruppen helfen, die städtischen Einrichtungen hatten dagegen verwaltungstechnisches Knowhow zu bieten.

Attraktive Herausforderung

Schon bald erkannten die Beteiligten, daß für ihre Arbeit diese gegenseitige Unterstützung nicht ausreichte, um die gesellschaftlichen, politischen, rechtlichen und sozialpsychologischen Bedingungen ihrer Migrationsarbeit zu reflektieren und zu diskutieren. Sie wandten sich daher an die Akademie mit der Bitte, ihren Bedarf in gemeinsamen Fortbildungsveranstaltungen zu bearbeiten.

Für die Akademie war das eine attraktive Herausforderung, da sich hier die Möglichkeit zur *gemeinsamen* Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Institutionen bot. Gegenüber den bisher getrennten Fortbildungsveranstaltungen ein Novum. In Abstimmung mit den Beteiligten plante die Akademie von 1981 - 84 drei Fortbildungstagungen für diesen Personenkreis. Die Themen beschäftigten sich mit der Lage der „zweiten Generation“, mit „Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit“ und mit „Chancen und Grenzen von Integrationsprozessen und der Ausländerintegration als Rechtsproblem“.

Akademie als neutrales Forum

Zugleich dienten diese Veranstaltungen dazu, ein weiteres Bedürfnis der Beteiligten zu unterstützen: als Anstalt des Öffentlichen Rechts war die Akademie das ideale „neutrale Forum“, um die Kooperationsbemühungen der Institutionen zu fördern; denn bis dahin war deren Verhältnis eher durch Konkurrenz und Mißtrauen geprägt.

So entwickelte sich eine Tagungsstruktur, die bis heute die langjährige Arbeit in diesem Projekt prägt: in einem „inhaltlichen“ ersten Teil werden spezifische Themen im Zusammenhang der Migrationsprozesse erörtert, die im zweiten Teil auf praktische Kooperationsschritte hin erneut thematisiert werden. Auf diese Weise ist es nicht nur gelungen, die Kenntnisse und Einsichten über Migration zu vertiefen, sondern auch ein Vertrauensverhältnis zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beteiligten Institutionen herzustellen. Beides verbessert die Qualität der Arbeit mit den ausländischen Familien.

Nach der dritten Tagung wurde unter Federführung der Akademie ein erster Zwischenbericht vorgelegt, der bereits damals bei anderen Großstädten reges Interesse hervorrief, weil das Tutzinger Experiment durchaus Modellcharakter besaß. Dieser Bericht enthielt aber auch die Erkenntnis, daß eine wirkliche und weitergehende Verbesserung der Hilfen wohl nur dann zu erreichen wäre, wenn nicht nur die bisherigen Beteiligten, sondern alle „einschlägigen“ Dienststellen und Be-



Information und Kommunikation: die Tagungsleiter Klaus Grosch (3.v.r.) und Karl-Heinz Willenborg (1.v.l.) mit Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft

hördern in das Kooperationsgeschehen und die gemeinsame Fortbildung einbezogen würden, deren Tätigkeit und Entscheidungen existentielle Bedeutung für ausländische Familien haben".

Seit 1985 gelang es, die Mitarbeit von Arbeitsamt, Kreisverwaltungsreferat, Sozialamt, Wohnungsamt und Schulamt (später des neugegründeten Flüchtlingsamts) zu erreichen, die im Projekt kooperierten und sich an gemeinsamen Fortbildungstagungen der Akademie beteiligten. Allerdings führte diese Ausweitung des Kreises nicht nur zu mehr Kooperation und Schärfung der Problemsicht, sondern auch zu einer neuen Problematik, die zunächst einmal zu bearbeiten war: bislang waren die Tagungsthemen unter der allen Beteiligten gemeinsamen Perspektive der Sozialarbeit diskutiert worden. Mit den neuen Kooperationspartnern wurde eine neue Perspektive, die der Verwaltung, die bisher kaum eine Rolle gespielt hatte, für die gemeinsamen Fortbildungstagungen relevant. Neben den fürsorglichen Aspekt trat die Perspektive des Gesetzesvollzugs. Ein weiteres Problem ergab sich aus der Rolle der Wohlfahrtsverbände als politische Akteure in der Sozialpolitik, die den Behörden gerade nicht gestattet ist. Voraussetzung einer möglichen Kooperation war daher zunächst das Verständnis und der Respekt für den jeweils legitimen Auftrag und die Selbstdefinition der beteiligten Institutionen.

Positiver Multiplikationseffekt

Diese für eine gegenseitige Akzeptanz und die möglichst reibungslose Kooperation entscheidende Aufgabe wurde in zwei weiteren Fortbildungstagungen mit den Themen "Soziale Arbeit und Verwaltungshandeln" und "Möglichkeiten und Grenzen der Kooperation am Beispiel Datenschutz" angegangen.

Die Tagungen trugen zu einer merklichen Klimaverbesserung zwischen einzelnen Dienststellen und Institutionen bei, wenn auch festzuhalten ist, daß solche Fragen der gegenseitigen Akzeptanz immer wieder neu zu thematisieren sind. Das ist auch deshalb erforderlich, weil die personelle Zusammensetzung der Gruppen über die Jahre starken Veränderungen unter-

Gesamtproblematik besser einordnen zu können. Hilfreich war hier auch die Zugehörigkeit der Akademie zum Projekt. Sie bot nicht nur als Anstalt des Öffentlichen Rechts das überparteiliche Forum, auf dem der Dialog der unterschiedlichen Beteiligten ungehindert geführt werden konnte, sie brachte auch als Einrichtung der politischen Erwachsenenbildung die entsprechende Sachkompetenz ein, die für die Vorbereitung und Durchführung der Arbeitstagungen erforderlich ist".

Gegenseitige Information

Die Tutzinger Tagungen waren für die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen auch insofern förderlich, als von ihnen Anregungen ausgingen, die inhaltliche Arbeit auf Münchner Ebene selbstständig fortzusetzen. Die Institutionen luden sich gegenseitig ein, um aus ihrem eigenen Bereich die Partner über neue Entwicklungen, neue Gesetzeslage oder ähnliche aktuelle Fragen zu informieren.

Seit dem zweiten Bericht haben inzwischen weitere gemeinsame Tagungen stattgefunden: "Zur Lage der Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik" (1994), "Minderheiten und Feindbilder" (1996) und die letzte Tagung Mai 1998 zu dem Thema "Integration? - Situation und Zukunft jugendlicher Migranten in München".

Die Themenübersicht zeigt, daß bestimmte Fragen bei der Diskussion des Migrationsprozesses immer wieder neu zu bearbeiten sind. Freilich reflektiert das Wiederkehren der Themen auch die Stagnation der bundesrepublikanischen Migrationspolitik im vergangenen Jahrzehnt.

Abschließend soll über die letzte Tagung berichtet werden, die für das Zusammenspiel zwischen Arbeitsgemeinschaft und Akademie in Vorbereitung, Verlauf und Auswertung typisch ist. ■

Klaus Grosch



liegt, ein aus Sicht der Akademie positiver Multiplikationseffekt. Natürlich spielen auch Schwankungen der Ausländerpolitik bei dieser Arbeit eine erhebliche Rolle.

Die folgenden drei Tagungen, die nun im Zweijahresrhythmus stattfanden, wandten sich wieder stärker migrations- und sozialpolitischen und ausländerrechtlichen Fragestellungen zu.

1993 legten die Beteiligten einen weiteren gemeinsamen Projektbericht vor, in dem die sachliche Arbeitsatmosphäre, der Abbau von Feindbildern und die gewachsene gegenseitige Akzeptanz besonders hervorgehoben wurden. Über die gemeinsamen Tagungen heißt es dort:

"Besonders die Arbeitstagungen haben sichtlich dazu beigetragen, die eigene Arbeit im Zusammenhang der

Ausländerpolitik:

Situation und Zukunft jugendlicher Migranten in München

Die Tagung über die „Situation und Zukunft jugendlicher Migranten in München“ wurde mit etwa einem Jahr Vorlauf von der Planungsgruppe der Arbeitsgemeinschaft, in der auch die Akademie vertreten ist, vorbereitet. In diesem Gremium sind alle Partnerinstitutionen gleichberechtigt vertreten. Die Gruppe der jugendlichen Migranten steht in München seit einiger Zeit im Zentrum des öffentlichen Interesses. Sie hatte mehrfach den Stadtrat beschäftigt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Fall „Mehmet“, der bundesweites Interesse erregt hatte. Es ging um die Frage der Erfolge und Defizite der Integration junger Ausländer, die aber vor allem an dem Begriff der „Ausländerkriminalität“ diskutiert wurde. Die Frage der Integration sollte im Gesamtzusammenhang, nicht nur an vermeintlichen oder tatsächlichen Auswüchsen diskutiert werden. Hintergrund war auch ein Spiegel-Artikel über das Scheitern des Konzepts der „Mulkulturellen Gesellschaft“, der bei den Beteiligten eine intensive Debatte ausgelöst hatte.

Da das Thema jugendlicher „Ausländerkriminalität“ wegen der aktuellen Lage in München sich geradezu aufdrängte, sollte es auch aus der Tagung nicht herausgehalten werden. Es bildete als Frage nach der gelungenen oder mißlungenen Integration junger Menschen den zweiten Teil der Tagung. Man war sich aber bereits bei der Vorbereitung darin einig, daß die Frage nach der Delinquenz jugendlicher Ausländer nur im Zusammenhang der Jugendkriminalität in unserer Gesellschaft insgesamt sinnvoll zu diskutieren war. Daher wurde das Problem nicht nur aus der Sicht der Ordnungsbehörde (Kreisverwaltungsreferent Dr. Hans-Peter Uhl) und aus der Sicht eines großen Wohlfahrtsverbandes (Wolfgang Barth, Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt) beleuchtet, sondern es wurde zunächst ein Überblick aus der wissenschaftlichen Sicht der Kriminologie vorgeschalet. Für dieses Referat konnte der bekannte emeritierte Münchner Kriminologe Prof. Dr. Horst Schüler-Springorum gewonnen werden. Er erläuterte Stärken und Schwächen der polizeilichen Kriminalitätsstatistik, klärte die Kriterien, unter denen die Zahlen der „deutschen“ und „ausländischen“ Kriminalitätsstatistik vergleichbar sind, wies auf Verzerrungen in der öffentlichen Diskussion hin und arbeitete dann die Auffälligkeiten bei ausländischen Delinquenten, auch nach Nationalitäten



Horst Schüler-Springorum: Ausländerkriminalität differenziert betrachtet.

Fotos: Diaconu

differenziert, heraus. Es war besonders seinen sachlichen und detaillierten Ausführungen zu verdanken, daß die weitere Diskussion trotz der hochschlagenden Wellen in München sachlich und differenziert geführt werden konnte.

Integration und Partizipation

Zur Einleitung des dritten, praxisorientierten Teils der Tagung referierte der Leiter der Integrationsbehörde der Stadt Rotterdam, Harrie van Onna. Er bot den „Blick über den Zaun“ und gab einen Überblick über die Hauptziele

der Integrationspolitik seiner Kommune, die Ermöglichung von Partizipation und Integration und erläuterte diese anhand konkreter Projekte in Rotterdam. Beeindruckend sind die großen Anstrengungen, die die Stadt Rotterdam unternimmt, um sowohl für Neuankömmlinge, wie auch für in den Niederlanden geborene Jugendliche Integrationsangebote zu ermöglichen. Intensive Sprachkurse, praktische Einführungen in das Alltagsleben, präventive Jugendpolitik, besondere Freizeit- und Sportprogramme in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen, das Programm der „umfassenden Schule“, eine enge Vernetzung zwischen Elternhaus, Schule und Freizeitangeboten, enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Polizei, die Bereitstellung von „Arbeitserfahrungsplätzen“ durch Industrie und Handel, ein Netzwerk für „Risiko-Jugendliche“, Formen der Betreuung und Nutzung der Kompetenzen und Erfahrungen von Migrantenorganisationen - all dies sind Aktivitäten, die von der Integrationsbehörde initiiert, moderiert und unterstützt werden. Van Onna gab offen Auskunft über Erfolge und Mißerfolge dieser breitgefächerten Integrationsmaßnahmen und zeigte neue Möglichkeiten der Kooperation mit Ämtern Kirchen, Moscheen, Verbänden und Vereinen auf. Er machte deutlich, daß es in Rotterdam besser gelingt, Kontrolle und Kooperation zu verbinden



Harrie van Onna: Beeindruckende Integrationsprojekte in Rotterdam.

und das „Selbstheilungspotential“ einer großen Stadt effizient einzusetzen und zu aktivieren.

Aus dem Beitrag des Niederländers wurde in der anschließenden Diskussion vor allem eines deutlich: es macht

einen gewaltigen Unterschied, ob ein politischer Integrationswille besteht, ob die Politik Zuwanderung nicht nur als Problem, sondern auch als Chance begreift. Letztere Haltung eröffnet offensichtlich erst wirklich Gestaltungsräume und setzt Energien und Visionen für die unterschiedlichsten Konzepte und Programme der Integration frei. Sie ermöglicht, wie festgestellt wurde, statt eines Reparaturbetriebs offensive Praxis.

Schwerpunkte für München

Unter diesem Eindruck und mit den zahlreichen praktischen - und zum Teil langfristig erprobten - Konzepten machten sich die Teilnehmer anschließend daran, Schwerpunkte, Konzepte und Kooperationsmodelle für München zu entwerfen. Die wichtigsten thematischen Schwerpunkte, die erarbeitet wurden, waren:

- Förderung des Selbsthilfepotentials, Partizipation, Mediation
- Förderung - unabhängig vom Status (einschließlich Flüchtlinge)
- "Umfassende Schule" (vernetzte Schulpolitik)
- Förderung der Fachkompetenz für Migrationsarbeit in der Ausbildung.

Da ein Prinzip dieser Arbeitstagungen die Sicherung der Ergebnisse ist, wurden an Ort und Stelle für diese Themen schwerpunkte praktische Kooperationsaufgaben und deren einzelne Schritte mit Zeitplanung und jeweiliger Federführung festgehalten. Auf diese Weise wurde die weitere praktische Arbeit auf Münchner Ebene in der Tagung entworfen, es wurden bereits Termine und Planungsschritte fest vereinbart. Insgesamt bildeten sich quer durch die kooperierenden Institutionen vier Arbeitsgruppen, die nun in der Praxis weiterarbeiten wollen. Die Koordination dieser Aktivitäten wird durch die erwähnte Planungsgruppe gewährleistet.

Praktische Wirkung

Man kann natürlich die Frage stellen (und sie wurde auch des öfteren schon gestellt), was eine Einrichtung der politischen Erwachsenenbildung dazu veranlaßt, sich so lange und so intensiv mit der Migrationsarbeit von Verbänden und Landeshauptstadt zu beschäftigen. Hauptmotiv ist die Möglichkeit für die Akademie, mit ihren Tagungen die praktische Arbeit von Institutionen und Personen in diesem Feld zu erreichen und zu unterstützen; denn durch diese gemeinsame Fortbildung entfalten die Tagungen ihre Wir-

kung nicht nur auf das Handeln einzelner Personen, sondern auch auf das Handeln der miteinander kooperierenden Institutionen. Durch Evaluation und den Fortgang der praktischen Arbeit wird diese Wirkung - und das ist für politische Bildung eher der Ausnahmefall - sichtbar, fast messbar. Andererseits haben diese Tagungen auch einen sehr positiven Effekt auf die Arbeit der Akademie selbst im Bereich der Migrationsthematik. Durch ihre Zugehörigkeit zum Steuerungsgremium Planungsgruppe bleiben die Mitarbeiter der Akademie in unmittelbarem Kontakt mit Problemen und Entwicklungen der Migration einerseits und sie erhalten zusätzlichen Einblick in die Strukturen und das Handeln von Behörden und Verbänden, die in diesem Feld tätig sind. Diese Kompetenz bereichert die Bildungsarbeit der Akademie in diesem Themenbereich. Für die Akademiemitarbeiter hat das Projekt den Charme, daß hier einer der wenigen Fälle vorliegt, in dem sie direkte Auswirkungen ihrer Arbeit erleben. Ein Erfolgsergebnis, das der politischen Bildung selten beschieden ist. ■

Klaus Grosch



Karikatur: Mester

Herrschaft der Verbände?

Der politische Einfluß von Verbänden war und ist ein wichtiges Feld politikwissenschaftlicher Forschung in der Bundesrepublik. Die künftige Entwicklung stellt die Verbände vor neue Herausforderungen. In Brüssel entwickelt sich mit der EU ein neues Entscheidungszentrum, und gleichzeitig diversifizieren sich die Interessen der Mitglieder immer mehr. In dieser Situation brachte die Tagung "Macht und Ohnmacht der Verbände" Wissenschaftler mit den Verbandsvertretern zusammen. Privatdozent Dr. Martin Sebaldt von der Universität Passau berichtete über die grundsätzliche Mechanik des Verbändesystems. Über das Engagement der Verbände in der Europäischen Union (EU) referierte Dr. Rainer Eising von der Universität Mannheim. Heinz Bachmann vom Bundesverband Deutscher Schausteller und Marktkaufleute und Ulrich Laschet, der Bundesgeschäftsführer des VdK Deutschland e. V., berichteten aus der Praxis. Neue Formen der Einflußnahme auf politische Prozesse stellten Klaus Plaschka und Thomas Stehlik, beide Universität Passau, vor. Die Tagung endete mit Erfahrungsberichten aus dem Bayerischen Landtag. Tessy Lödermann (Bündnis 90/Die Grünen) und Hermann Unterländer (CSU) erzählten aus ihrer Parlamentserfahrung mit Verbänden.

Aus der Praxis berichtete Heinz Bachmann. Er ist Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Schausteller und Marktkaufleute. Bachmann wies zum Beispiel darauf hin, daß es sehr sinnvoll sei, bei Besuchen bei Entscheidungsträgern sein Anliegen immer schriftlich fixiert mitzubringen. Der persönliche Kontakt sei ebenfalls sehr wichtig. Trotz der parlamentarischen Abende sei, so stellte er fest, die Verbandsarbeit eine nüchterne Sache. Das große Problem des Verbandes sei, den eigenen Mitgliedern den Nutzen des Verbandes zu vermitteln, da die Kleinarbeit des Verhinderns von Nachteilen für die Mitglieder selten Schlagzeilen mache. Manchmal sei es auch von Vorteil ein kleiner Verband zu sein, da Zugeständnisse an diesen keine hohen Kosten nach sich ziehen würden und daher leichter gefällt würden. Auf diese Art seien die Schausteller (ca. 6000 Betriebe in Deutschland) zum Beispiel von der Straßenbenutzungsgebühr für Lkws ausgenommen worden.

Ulrich Laschet, Bundesgeschäftsführer des VdK, hat dagegen mit 1,1 Millionen Mitgliedern eine sehr starke pressure group. Die Drohung, mit Hilfe des Verbandes 16 Millionen Rentner auf die Straße zu bringen, wirkt bei den meisten Politikern. Den Vor-



Ulrich Laschet, Bundesgeschäftsführer des VdK

teil der Interessengruppen sieht Laschet vor allem darin, daß sie durch ihren Sachverständnis Gesetze verhindern könnten, die in der Praxis nicht den gewünschten Effekt erzielen würden. Gesetzentwürfe könnte man am besten beeinflussen, wenn sie noch innerhalb von Regierung und Ministerialverwaltung beraten würden. Seit 1990 habe der Verband keine Änderung mehr über die Bundestagsausschüsse erreicht. Ist ein Gesetz einmal verabschiedet, kann es der VdK noch über die Gerichte bekämpfen. Seit 1950 habe er so 2,5 Milliarden DM für seine Mitglieder erstritten.

Dr. Martin Sebaldt stellte Befunde der Wissenschaft über das deutsche Verbändesystem vor. 1974 habe es 635 beim Bundestag eingetragene Verbände geben, 1997 seien es 1631 gewesen. Die Steigerung betrage 256,9 %. Schon 1974 sei der tertiäre Sektor am stärksten vertreten gewesen. Bis 1994 habe er seinen Anteil auf 71,3 % erhöht. Noch stärker gestiegen sei die Zahl von Verbänden, die sich mit der Gefährdung der Umwelt, der Individualisierung, mit ökonomischer Unsicherheit oder mit anderen neuen Risiken beschäftigten. Deren Zahl sei von 23 (1974) auf 89 (1994) gestiegen - eine Erhöhung um 387 %. Verbände machten sich auch zunehmend gegenseitig Konkurrenz. Der Anteil konkurrierender Verbände stieg von 29,3% (1974) auf 34,9 % (1994).

Pluralisierung und Diversifikation

Pluralismus und Korporatismus stellte Sebaldt als Idealtypen gegenüber. Die Verbandslandschaft sei entweder mehr plural oder mehr korporativ organisiert. Das plurale Prinzip zeichne sich durch Vielfalt, freiwillige Mitgliedschaft und reine Interessenrepräsentation aus. Das korporativistische Modell habe als Kennzeichen eine



Martin Sebaldt, Univ. Passau

Zwangsmitgliedschaft und Interessenrepräsentation sowie Umsetzung politischer Entscheidungen. Letzteres habe sich zum Beispiel der Bundesverband der Deutschen Industrie größtenteils zu eigen gemacht. Die generelle Tendenz geht allerdings mehr zu einer nachhaltigen Pluralisierung und Diversifikation der deutschen Verbandslandschaft.

Mit Verbänden auf europäischer Ebene beschäftigte sich Rainer Eising. Seine These war: Verbände erhöhen die Legitimität des EG-Entscheidungsgesetzes und dessen Responsivität, obwohl ihre Steuerungsleistungen weitaus begrenzter sind als die Leistungen nationaler Verbände.

Privilegierte Repräsentation von Produzenteninteressen

Nach einem kurzem Überblick über das Institutionengefüge der EU ging Eising auf die Interessenvertretung ein. Die meisten Verbände, die auf die Europäische Gemeinschaft Einfluß nähmten, stammten aus der Wirtschaft. Das Wachstum der Verbände sei synchron mit dem Wachstum der EG verlaufen. 1959 wurde mit 60 Verbandsneugründungen ein Höhepunkt erreicht. Die Euroverbände lieferten sachliche Kompetenz, während die nationalen Akteure vor allem territoriale Interessen geltend machen würden. Aus der ursprünglichen Konstruktion der EG als Wirtschaftsgemeinschaft ergebe sich immer noch eine privilegierte Repräsentation von Produzenteninteressen. Viele Großunternehmen gingen inzwischen an den Verbänden vorbei und machten ihre Interessen direkt geltend. Branchenspezifische Verbände hätten im Vergleich zu branchenübergreifenden Zusammenschlüssen eine hohe Handlungsfähigkeit - wie zum Beispiel der 1978 gegründete Verband der pharmazeutischen Industrie. Soziale-, Verbraucher- und Umweltinteressen seien dagegen unterrepräsentiert; ihre Verbände hätten vergleichsweise wenig Einfluß. Am Beispiel der Gesetzgebung zum Elektrizitätsmarkt zeigte er die Möglichkeiten und Beschränkungen der Arbeit nationaler und europäischer Verbände auf.

Über neueste Trends bei den Verbänden auf europäischer Ebene informierten Klaus Plaschka und Thomas Stehlik. Grundsätzlich unterschieden sie zwischen passivem und aktivem Lobbying. Das eine sei ein Frühwarnsystem, um für Interessengruppen nachteilige Entwicklungen möglichst schnell zu erkennen. Das andere be-

inhalt vor allem, objektive Informationen rasch und gezielt an die entscheidenden Personen heranzubringen. Neben der traditionellen Verbandsarbeit entwickle sich zur Zeit das



Rainer Eising, Univ. Mannheim

"Public Affairs Lobbying". Das bedeute im wesentlichen, daß die Firmen oder Verbände ihre Arbeit in Brüssel an einen selbständigen "consultant" oder Rechtsanwalt übertragen und den Spezialisten für seine Tätigkeit bezahlen. Dieses Vorgehen hat Vor- und Nachteile. Zum einen ist es billiger



Hermann Unterländer, MdL CSU

und der permanente Kontakt zur EU verbessert die Frühwarnfunktion des Lobbying. Andererseits verliert der Auftraggeber die unmittelbare Kontrolle und wird im Endeffekt vom Dienstleister abhängig, da das Know-how bei ihm verbleibe.

Abschließend berichteten zwei Landespolitiker über ihre bisherigen Erfahrungen mit Interessengruppen. Zu-

nächst betonten allerdings sowohl Tessy Lödermann, die von 1990 bis 1998 die Grünen im Bayerischen Landtag vertrat, als auch Hermann Unterländer, CSU-Landtagsabgeordneter seit 1994, daß es an der Realität vorbeigehe, wenn zwischen der Politik und den organisierten Interessen ein krasser Gegensatz postuliert werde. Sie hätten ein Gutteil ihrer politischen Sozialisation in Verbänden erfahren und seien selbstverständlich auch noch heute Mitglied, übernahmen in Einzelfällen sogar Führungspositionen. Das Verhältnis sei gleichwohl aber nicht immer harmonisch.



Tessy Lödermann, B90/Grüne
Fotos: Stern

Tessy Lödermann verwies darauf, daß in Bayern die Interessen der Umweltnutzer sich stärker durchsetzten als jene der Umweltschützer. Deutlich hätten dies die Vorgänge um ihren letzten vergeblichen Versuch des Verbots der Schlagfallen gezeigt. Zuerst beschloß der Landtag das Verbot dieser Jagdmethode. Danach habe der Landesjagdverband so viel Druck gemacht, daß das Verbot aufgeweicht wurde.

Auch Hermann Unterländer konstatierte, daß Verbandskontakte zwar sehr nützlich (z.B. zur Informationsbeschaffung), aber immer auch mit Vorsicht zu genießen seien. Seine Erfahrungen im Sozial- und Gesundheitsausschuß, zum Beispiel mit den Stadtsvertretungen der Ärzte, den Krankenkassen und dem Bäderverband, hätten dies gezeigt. So gelte gerade für den Umgang mit Verbänden für Abgeordnete immer noch das bekannte Strauß-Zitat: "Everybodys Darling is everybodys Depp!" ■

Jürgen Stern

Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee:

Weichenstellung für Deutschland?

von Dr. Peter März, stellv. Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Brachten im August 1948 zwei Wochen mit offenkundig rauchenden Köpfen renommierter Gelehrter, hoher Beamter und einiger Politiker auf der Insel im bayerischen Meer am Fuß der Alpen, als über eine künftige konstitutive Ordnung für die drei deutschen Westzonen beraten wurde, eine „Weichenstellung für Deutschland“? So jedenfalls lautete die Kernfrage für das gleichnamige Symposium, das die Akademie für Politische Bildung in Tutzing und die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit kurz vor den Jubiläumstagen Ende Juli 1998 durchführten.

Der wertvollste Teilnehmer des Symposiums war zugleich der älteste: Der damalige Sekretär - nicht Generalsekretär! - des Konvents, der 24jährige Franz Heubl, frisch promoviert über den Wiederaufbau bayerischer Staatlichkeit nach dem Zweiten Weltkrieg, zuständig für den reibungslosen Ablauf der Tagung - nach seinem eigenen Bekunden waren die drei einschlägigen Essentials das Vertreiben von Mücken, das Kühlhalten des Weins und die Eindämmung der Journalistenschar. Obwohl noch Referendar, war er doch schon beteiligt am Geschehen, so vor allem an der Schlussredaktion des Berichts, wo noch einmal kräftig weiß-blau koloriert wurde.

Pflöcke eingeschlagen

„Die Frankfurter Dokumente“ waren von den Alliierten übergeben, die Ministerpräsidenten der Westzonen hatten sich mit den Vertretern der Besatzungsmächte auf Grundlinien für die Erarbeitung einer neuen Verfassungsordnung geeinigt, am 1. September 1948 würde aus Vertretern der Landtage der Parlamentarische Rat zusammentreffen. Nicht zuletzt um Gewicht und Positionen der Länder hervorzuheben, beschlossen die Ministerpräsidenten die Einsetzung eines „Verfassungskonvents“, der mit dem versammelten Sachverständigenrat der deutschen Staatswissenschaft Pflöcke einschlagen sollte. Dem Bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard gelang es, dieses Sachverständigungsgremium auf die von den Unbilden des Krieges wie der



*Wertvoller Zeitzeuge:
Dr. Franz Heubl*

Rastlosigkeit der Großstädte völlig verschonten Insel Herrenchiemsee zu „lotsen“. Bayern stellte auch die qualitativ und quantitativ stärkste Delegation, mit dem Leiter seiner Staatskanzlei, Anton Pfeiffer, wie mit mehreren Ministerialbeamten, die vor allem durch den Abwehrkampf gegen die

„Die innerbayerischen Auseinandersetzungen des Jahres 1946 über die Frage der Einführung eines 'Staatspräsidenten' hatten nichts anderes zum Ziel, als die eigenstaatliche Dignität des Landes vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Wiederherstellung überwölbender deutscher Staatlichkeit hervorzuheben.“

Unitarisierungstendenzen der Weimarer Republik geprägt worden waren. Und Bayern ging auch als einziges Land mit fertigen Texten in den Kon-

vent und prägte so zum guten Teil seinen Verlauf - gewiß aber nicht monopartig. Mehrere Länder waren mit teilweise brillanten Köpfen vertreten, wie Württemberg-Hohenzollern mit Carlo Schmid, Hessen mit Hermann Brill und Berlin mit Otto Suhr.

Vieles war Allgemeingut, so die starke Verankerung der Grundrechte - hier erwarb sich vor allem Carlo Schmid große Verdienste - oder auch die Stärkung des Föderalismus -, wobei die Vorstellungen durchaus auseinandergingen. Als schließlich der nicht unumstrittene Bericht des Verfassungskonvents vorlag, lehnten die Parteien es zwar ab, ihn als offizielle Grundlage für die weitere Tätigkeit des Parlamentarischen Rates heranzuziehen. Aber weil letzterer eben nichts anderes hatte, worauf er sich beziehen konnte, triumphierte auch hier wieder einmal die vielbeschworene „normative Kraft des Faktischen“.

So erläuterte Barbara Fait, was die Herstellung der Bayerischen Verfassung von 1946 für die konstitutive Vorstellung Land auch im Hinblick auf eine neue Verfassungsordnung jenseits der Länderebene bedeutete: Die innerbayerischen Auseinandersetzungen des Jahres 1946 über die Frage der Einführung eines „Staatspräsidenten“ hatten nichts anderes zum Ziel, als die eigenstaatliche Dignität des Landes vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Wiederherstellung überwölbender deutscher Staatlichkeit hervorzuheben.

Während Professor Dr. Udo Wengst vom Münchner Institut für Zeitgeschichte die Entwicklungen hin zur Entscheidung der Westmächte für eine Weststaatsgründung erläuterte, trug Karl-Ulrich Gelberg von der Historischen Kommission bei der Bayeri-

schen Akademie der Wissenschaften in München eine mikroskopische Aufnahme der Münchner Strategien im Sommer 1948 vor. Danach war die stark föderalistische Orientierung der bayerischen Vertretung auf Herrenchiemsee nicht nur vor dem Reflex negativer historischer Erfahrungen vor



*Udo Wengst vom Münchener Institut für Zeitgeschichte
Fotos: Diaconu*

allem in den 20er Jahren zu sehen, sondern auch als eine Art Abwehrpolitik gegen die sich formierende, hyperföderalistisch ausgerichtete Bayernpartei. Ein Aperçu am Rande: Weil man offenkundig so stolz auf den Abschlußbericht des Konvents war, ließ die Bayerische Staatskanzlei davon 10.000 Exemplare für 18.000 DM drucken und damit bevorzugt Bonner Buchhandlungen beliefern; allerdings war die Nachfrage am Rhein, wohin sich nunmehr der Verfassungsdiskurs verlagerte, eher mäßig.

Einen Kontrapunkt zu Gelberg setzte Petra Weber vom Institut für Zeitgeschichte, Außenstelle Berlin, die vor kurzem durch eine voluminöse Biographie Carlo Schmidts hervorgetreten ist. Dieser vertrat die der bayerischen Sicht entgegengesetzte Position, der deutsche Nationalstaat sei nicht untergegangen (was einen besonders großen Gestaltungsraum in Verfassungsfragen eröffnete), er müsse daher auch nicht neu konstituiert werden. Für eine Senatslösung im Falle der zweiten Kammer plädierte er nicht zuletzt, weil er in einem Bundesrat eine obrigkeit-

staatliche Kontinuität erkannte. Auf Schmid geht nicht nur die starke Verankerung der Grundrechte, zumal des Art. 1 im Grundgesetz (Menschenwürde), zurück: Schmid formulierte auf Herrenchiemsee: „Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen. Die Würde der menschlichen Personalität ist unantastbar. Die öffentliche Gewalt ist in all ihren Erscheinungsformen verpflichtet, die Menschenwürde zu achten und zu schützen.“

Der „Europäer“ Carlo Schmid machte sich schließlich in einer besonderen Hinsicht bemerkbar; nicht zuletzt auf ihn gehen die dann ins Grundgesetz übernommenen Festlegungen zurück, der Bund könne Souveränitätsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen. Hier beginnt die dem hergebrachten nationalen Machtstaat entgegengesetzte Integrationsgeschichte der späteren Bundesrepublik.

Den Abschluß der Tagung bildeten Vorträge zum Weiterwirken des Konvents bis in die Gegenwart.

Professor Dr. Heinrich Oberreuter sah auf Herrenchiemsee drei Weichenstellungen für die spätere Ausprägung der Bundesrepublik fokussiert:

- Die Festlegung auf eine freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Hervorhebung von Grundrechten, Verfassungsgerichtsbarkeit und Konstruktion einer wehrhaften Demokratie;
- die Festlegung auf eine repräsentative Demokratie mit erschwerter Möglichkeit zum Regierungssturz - auch hier machten sich die Weimarer Erfahrungen bemerkbar, und auch hier war der Einfluß schon zuvor geschaffener Länderverfassungen prägend;
- schließlich die Festlegung auf eine konstitutionelle Demokratie, die Macht ausbalanciert und die Herrschaft von Mehrheiten einschränkt.

Hinzu komme der Übergang vom früheren „reinen“ deutschen Staatsdenken, das die Parteien geradezu als egoistische Störenfriede des nationalen Ganzen stigmatisierte, zur Parteidemokratie, wobei freilich die sich in den folgenden Jahrzehnten entwickelnde Mediatisierung großer gesell-

schaftlicher Bereiche durch die Parteien 1948 nicht denkbar gewesen sei - ebensowenig wie im übrigen die sich entwickelnde Verfremdung der föderalistischen Ordnung zu einem „unitarischen Bundesstaat“, bei dem die Trennschärfe bei der Staatstätigkeit zwischen Bund und Ländern in hohem Maße aufgehoben sei.

Aus staatsrechtlicher Sicht führte Professor Dr. Hans-Ullrich Gallwas, Universität München, aus, der Herrenchiemsee Entwurf sei zwar einerseits in hohem Maße rückwärtsgewandt gewesen, weil es ihm primär um die Herstellung solcher rechtsstaatlicher Verbürgungen zu tun gewesen sei, die durch Weimarer Republik und Drittes Reich gefährdet bzw. suspendiert waren. Zugleich seien aber von Herrenchiemsee bis heute fortwirkende verfassungsrechtliche Anstöße ausgegangen; Grundrechts- und Föderalismusdiskussionen könnten nach wie vor von den Beratungen vor einem halben Jahrhundert profitieren, nicht zuletzt aber auch „die Reserve (...) gegenüber basisdemokratischen Elementen (...), wenn wir den Volksentscheid als politisches Gestaltungsmittel auf Bundesebene in Erwägung ziehen“.

„Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen. Die Würde der menschlichen Personalität ist unantastbar. Die öffentliche Gewalt ist in all ihren Erscheinungsformen verpflichtet, die Menschenwürde zu achten und zu schützen.“

Carlo Schmid

Flankiert wurden die Ergebnisse der wissenschaftlichen Disziplinen durch eine Podiumsdiskussion, wobei die Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegenheiten, Professor Dr. Ursula Männle (CSU), Franz Maget, MdL (SPD), und Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB (FDP), sich mit dem Erbe von 1948 für die Gegenwart auseinandersetzen. Föderalismus, Subsidiarität, Gewaltenteilung waren auch hier für die aktuelle Diskussion aufbereitete Stichworte. ■

(siehe auch Pressestimmen Seite 39/40)

50 Jahre öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Bayern:

Rundfunkkultur - Kulturrundfunk?

Stand und Perspektiven der Medienentwicklung in Europa

In Deutschland zählt der öffentlich-rechtliche Rundfunk zur geschätzten Hinterlassenschaft der Besetzungszeit. Nach der friedlichen Revolution in Osteuropa sieht die Medienlandschaft dort anders aus. In Ungarn, Polen, Rußland und vielen anderen Ländern dominieren die privaten Sender. Das öffentlich-rechtliche System hat dagegen kaum Nachahmer gefunden. Das war das Ergebnis einer Podiumsdiskussion, die die Akademie für politische Bildung in Tutzing in Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) am 18. und 19. September anlässlich des 50jährigen Bestehens des Bayerischen Rundfunkgesetzes am 1. Oktober 1998 veranstaltete. Neben der Podiumsdiskussion referierte Professor Dr. Wolfgang Langenbucher über den „Rundfunk als Kulturleistung“. Dr. Ralf Hohlfeld berichtete über Annäherungstendenzen zwischen dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Fernsehen. In Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Teilnehmer näher mit bestimmten Programmsparten.

In seinem Vortrag ging Wolfgang Langenbucher von der Universität Wien auf den „Rundfunk als Kulturleistung ein“. Er wandte sich entschieden gegen die Zuschauerzahlen als alleiniges Qualitätskriterium für Fernsehsendungen. Er plädierte dafür, die kulturellen Leistungen des Rundfunks in die Bewertung einzubeziehen. Zu den originären Kulturprodukten des Rundfunks gehöre das Hörspiel, das Fernsehspiel, die Dokumentationen und die entscheidende Förderung der Gegenwartsmusik. Für die privaten Fernsehsender zeichnete Professor Langenbucher ein eher düsteres Bild - zumindest was die Kultur betrifft: Sie böten „ein geradezu deprimierendes Bild kultureller Ignoranz.“

Über die Annäherung der öffentlich-rechtlichen an die privaten Rundfunsender und umgekehrt, berichtete Ralf Hohlfeld von der Universität Eichstätt. Auf dem Sektor der Informationsprogramme gäbe es keine Annäherung. ARD und ZDF halten dort unangefochten ihre Vormachtstellung. Umgekehrt hätte die Unterhaltung einen größeren Anteil bei RTL und

SAT.1. In Nachrichtensendungen steige der Anteil der politischen Themen bei allen Sendern. Das ZDF brachte es 1994 auf 55,4 Prozent, der beste Private, RTL, kam auf 48,2 Prozent. Wiederum bei allen Sendern steige der Anteil innenpolitischer Themen. Zu einer wirklichen Annäherung komme es vor allem bei der Visualisierung von Politik. Die Zahlen: 53,7 Prozent bei Privaten, 51,5 Prozent bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Trotzdem gebe es weiterhin gravierende, inhaltliche Unterschiede. Zusätzlich würden die öffentlich-rechtlichen Programme die Problemlagen in ihren Berichten besser auarbeiten als die Privaten.

Privater Wildwuchs

Johannes Grotzky ist Abteilungsleiter Politik beim Bayerischen Rundfunk und war viele Jahre Korrespondent in Moskau. Er spannte in der Podiumsdiskussion einen Bogen von Rußland bis nach Jugoslawien. In den meisten Ländern sei privater Wildwuchs und kein gesellschaftlich relevanter, politisch unabhängiger Rundfunk entstanden. Das röhre zum einen daher, daß

Die Referenten der Tagung:

Boris Bergant, Ljubljana
Bob Borrink, München
Michael Frank, Wien
Dr. Johannes Grotzky, München
Prof. Dr. Walter Hömberg, Eichstätt
Dr. Helmut Heinzlmeir, München
Dr. Ralf Hohlfeld, Eichstätt
Prof. Dr. Wolfgang R. Langenbucher, Wien
Ulrike Leutheusser, München
Milka Pavlicevic, Mainz
Prof. Dr. Siegfried Quandt, Gießen
Prof. Dr. Karl Friedrich Reimers, München
Dietrich Schwarzkopf, Starnberg
Andreas Teichmann, Eichstätt
Dr. Petra Thorbrietz, München
Henric Wuermeling, München

Tagungsleitung: Dr. Michael Schröder
Prof. Dr. Walter Hömberg

die Bevölkerung noch aus kommunistischen Zeiten alle staatlichen Medien als unglaublich betrachte. Zum anderen betrachten die jetzigen Machthaber den staatlichen Rundfunk, ähnlich wie früher die Kommunisten, als ihren persönlichen Kanal zur Nachrichtenverbreitung, eben weil sie ja demokratisch legitimiert sind. So bestimme zum Beispiel in Rußland das Präsidialamt das staatliche Fernsehen und den Hörfunk.

Ein weiterer Grund für diese Entwicklung sei die fehlende Gewaltenteilung. Ein Medienrecht hätten viele östlichen Staaten ebenfalls nicht. Ausnahmen seien Polen und Rumänien. Diese Länder hätten sich früh um ein eigenes Medienrecht gekümmert.

Auch die European Broadcasting Union (EBU), die aus der Vereinigung von Intervision und Eurovision hervorgegangen ist, habe wenig getan, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Osteuropa zu fördern.

Der Vorteil der Privaten sei eine höhere Glaubwürdigkeit, gepaart mit Kapital vor allem aus amerikanischen, französischen und italienischen Quellen. Wenn die Staaten in die Europäi-

sche Union aufgenommen werden würden, würde sich auch die Frage nach der Berechtigung des dualen Systems in Deutschland stellen. Deswegen habe der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf lange Sicht keine Chance in Europa.

Als im Osten völlig unbekannte Vokabel bezeichnete Michael Frank, langjähriger Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Prag, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Im staatlichen, tschechischen Rundfunk sei es inneres Bewußtsein der Journalisten, daß sie den Staat vertreten würden. Es sei Aufgabe der Privaten, den Pluralismus zu gewährleisten. Daran würden sie aber teilweise durch saftige Geldstrafen gehindert.

Frank erzählte aber auch von einer merkwürdigen Verhaltensweise. Wenn es um Informationen gehe, schalten viele Tschechen wieder zum eigentlich unglaublichsten Staatsfernsehen. Er zog daraus den Schluß, daß sich die „Gesellschaft nicht immer dem aussetzen will, was wirklich ist.“ Für das, was den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausmacht, bestehe weder bei den Machern noch beim Publikum ein Bewußtsein.

Milka Pavlicevic vom ZDF berichtete über die Situation in Jugoslawien. Dort

gebe es überhaupt nur einen privaten Sender, der „die Wahrheit sagt.“ Slobodan Milosevic und seine Familie kontrolliere den privaten und staatli-

ein funktionsfähiges duales System etabliert. Er kann unabhängig von den politischen Kräften in seinem Land arbeiten. Nur 5 von 25 Sitzen im Auf-



Milka Pavlicevic, ZDF (links) und Johannes Grotzky (BR): „Keine Chance für den öffentlichen Rundfunk in Osteuropa“ Foto: Stern

chen Rest. Mit Hilfe ausfeilter Zensurmethoden würden die Journalisten eingeschüchtert. Die demokratischen Kräfte seien enttäuscht. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist da chancenlos“, sagte sie.

Mit drei kommerziellen Konkurrenten kämpft Boris Bergant, stellvertretender Direktor des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im kleinen Slowenien, um die Gunst der Zuhörer. Dort hat sich

sichtsgremium des Senders sind von politischen Parteien besetzt. Sein Hauptproblem ist finanzieller Natur. Die Bevölkerung frage ihn, warum sie umgerechnet 23 Mark Gebühren bezahlen solle, wenn es die Privaten gebe. Bergant sprach sich dafür aus, in den Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten zur EU auch die Medien zum Gegenstand zu machen. ■

Jürgen Stern

(siehe auch Pressestimmen Seite 41/42)

Kinder und Fernsehen:

Harmloses Vergnügen oder gefährlicher Einfluß?

Über den Einfluß des Fernsehens auf Kinder wird viel gestritten. Ruft die „Glotze“ Gewalt her vor? Können Kinder Realität und Fiktion trennen? Professor Dr. Jo Groebel, Kommunikationswissenschaftler an der Universität Utrecht, stellte die Diskussion bei der Tagung „Soziale Medienordnung in Europa“, die die Akademie in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund veranstalte, auf eine solide, wissenschaftliche Grundlage. Er referierte über die Ergebnisse einer einzligartigen Studie, die er im Auftrag der UNESCO durchgeführt hat.

Bei der Studie über die Auswirkungen der Gewalt in den Medien auf Kinder wurden 5000 Schüler aus 23 Ländern, von Angola bis zur Ukraine, befragt. Dabei bezogen die Forscher zum ersten Mal auch Kinder aus Kriegs- und Krisengebieten mit ein. Alle Kinder waren zwölf Jahre alt und mußten 60 Fragen beantworten. Die Ergebnisse zeigten, wie Groebel berichtete, interessante Zusammenhänge auf. 93% aller Kinder hätten Zugang zu einem Fernsehgerät. 99% in Westeuropa und Amerika, 83% in Afrika. Durchschnittlich sehe ein Kind 3 Stunden pro Tag in die „Glotze“. Damit verbringe es mehr Zeit vor dem Gerät als mit irgendetwas sonst

außerhalb der Schule. Daran könne man sehen, daß das Fernsehen ein großer Sozialisationsfaktor der Kinder in städtischen und elektrifizierten ländlichen Räumen rund um den Globus geworden sei.

Von gewalttätigen Helden fasziniert

Was nun die Inhalte beträfe, führte Groebel aus, seien besonders Buben von gewalttätigen Helden fasziniert. Den Terminator, gespielt von Arnold Schwarzenegger, würden 88% der Kinder auf der Welt kennen. 51% der Kinder aus Gebieten mit alltäglicher



Cartoon: Mester

Gewalt, Krieg oder Kriminalität, und 37% aus Gebieten mit weniger Gewalt wollten so sein wie er. Bemerkenswert viele Kinder seien dabei in einem problematischen emotionalen Zustand. Fast die Hälfte berichte, daß sie immer oder oft ängstlich seien. 7,5% der Kinder berichteten, daß es bereits eine Waffe gegen jemand benutzt hätte. In dieser Situation habe der Held eine doppelte Funktion. Er diene als Fluchtmöglichkeit und als Kompensation für die tatsächlichen Probleme des Kindes. In einer weniger gewalttätigen Umgebung erzeuge das Fernsehen vor allem Spannung. Buben bevorzugten Helden aus Actionfilmen, Mädchen dagegen Popstars und Musiker. Eine große Gruppe der Kinder berichtete von einer starken Überschneidung von dem, was sie als Wirklichkeit wahrnehmen, und dem, was sie auf dem Bildschirm sehen. Viele Kinder lebten, so faßte Groebel zusammen, in einer Umgebung, wo wirkliche und mediale Erfahrungen sie darin bestärkten, daß Gewalt natürlich sei. Thesenartig stellte Groebel die Ergebnisse seiner Studie zusammen:

- Die Gewalt in den Medien ist allgegenwärtig. Die Anwendung von Gewalt wird meist belohnt.
- Abhängig vom Charakter des Kin-

des und seines alltäglichen Lebens befriedigt die Gewalt in den Medien verschiedene Bedürfnisse: Sie „kompenziert“ die eigene Frustration und die eigenen Probleme. Sie stellt Spannung bereit für Kinder in einer weniger problematischen Umgebung. Für Buben stellt sie einen Bezugsrahmen für attraktive Vorbilder.

Globale Aggressivitätskultur

- Es gibt viele kulturelle Unterschiede, aber die Auswirkungen der Gewalt in den Medien sind rund um den Erdball gleich.
 - Einzelne Filme sind nicht das Problem. Das Ausmaß und die Allgegenwart der medialen Gewalt trägt zu einer globalen Aggressivitätskultur bei.
 - Die „Normalität“ und das Sich-Auszahlen von Gewaltanwendung wird systematischer gefördert als die gewaltfreie Art mit Konflikten umzugehen.
- Groebel gab sich in seinem Vortrag nicht der Illusion hin, daß man Gewalt aus den Medien verbannen könnte. Er schlug aber sehr wohl eine dreifache Strategie gegen das Ausmaß, die extreme Darstellung von und die

belohnenden Eigenschaften der Gewalt vor:

- Eine öffentliche Debatte und Gespräche über gemeinsame Standpunkte zwischen Politikern, Produzenten, Pädagogen, Eltern und den zukünftigen Nutzern.
- Die Entwicklung von Verhaltensregeln und Verfahren der Selbstkontrolle unter den Medienmachern.
- Die Einführung von Medienerziehung, um kompetente und kritische Mediennutzer herauszubilden.

Neben den Ergebnissen der Studie von Jo Groebel beschäftigten sich die Teilnehmer auch mit der konkreteren Ausgestaltung der Medienordnung in Europa. Darüber referierte Anke Geiger. Den Weg zur Mediengerechtigkeit und die Möglichkeiten und Grenzen, die Politik und Recht in diesem Zusammenhang haben bzw. denen sie unterliegen, beschrieb Dr. Victor Henle. Henle ist der Direktor der Thüringischen Landesanstalt für Privaten Rundfunk. Der Münchner Journalist Karl-Heinz Dix berichtete davon, wie die neuen Medien seine Arbeitswelt verändern. ■

Jürgen Stern

Gerechtigkeit als Leitbild der Politik

Gerechtigkeit ist ein schillernder Begriff. Die Tagung „Gerechtigkeit als Leitbild der Politik“ hat ihn Konturen gewinnen lassen. Zu den Referenten gehörten Praktiker wie Theoretiker. Zu den Praktikern zählen der CDU-Politiker Dr. Heiner Geißler und der Richter Professor Dr. Michael Huber. Eher theoretisch gingen Professor Dr. Stefan Hradil, Professor Dr. Hans-Otto Mühleisen und Professor Dr. Otto Depenheuer an die Gerechtigkeit heran. Eine Zwischenstellung nahm Professor Dr. Julian Nida-Rümelin ein, der zwar Professor für Philosophie ist, jedoch derzeit als Kommunalpolitiker und Kulturreferent in München auf die Seite der Praktiker wechselte.

Heiner Geißler hat eine abwechslungsreiche Karriere als Politiker hinter sich: Sozialminister in Rheinland-Pfalz, Generalsekretär der CDU, Bundesminister für Jugend und Familie und bis vor kurzem stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion. In der Politik, führte er aus, müsse man sich für ein Konzept von Gerechtigkeit entscheiden – man müsse wissen, woran man seine Entscheidungen ausrichte. Als Grundlage für sein Verständnis von Gerechtigkeit bezeichnete Heiner Geißler die Lehre des Aristoteles. Ausgehend von der iusticia distributiva sei er für eine gerechte Verteilung der Rechte und Pflichten.

Gerechtigkeit als Grundwert

Die Gerechtigkeit sei für ihn neben Freiheit und Solidarität einer der Grundwerte einer guten Gesellschaftsordnung. Keinen dieser drei Werte könne man getrennt vom anderen betrachten. Es sei zum Beispiel durchaus gerecht und solidarisch, daß derjenige der mehr verdient, auch mehr Steuern bezahlt. Aber wenn der Spitzensteuersatz bei 53 Prozent liege, werde die Freiheit des Betreffenden stranguliert.



Dr. Heiner Geißler: „Die CDU hat gegen diesen Turbokapitalismus nichts gesagt und den Konsens in der Gesellschaft vernachlässigt, deshalb hat sie die Wahl verloren.“

Eng mit der Frage nach den Grundwerten verbunden sei die Frage des Menschenbildes, denn in der Geschichte seien auf Grund eines falschen Menschenbildes unglaubliche Ungerechtigkeiten passiert. Das richtige Menschenbild sei für ihn, die Menschen so anzunehmen wie sie sind: „Der Mensch wie er geht und steht.“ Gerechtigkeit sei also unabhängig von Mann oder Frau, von jung oder alt, gesund oder krank. Daher seien die Interessen der jungen Generation nicht höher zu bewerten als die der älteren. Dazu sagte Geißler: „Wer das nicht akzeptiert, soll barfuß durch den Wald laufen und Pilze sammeln, denn alles was er benutzt - die Schule, das Auto, die Straße -, haben diejenigen gebaut, die vor ihm waren.“ Auf der anderen Seite könne man auch nicht ständig die Beiträge zur Rentenversicherung erhöhen. Wenn die Leute lieber die Abzüge behalten würden, und das Nettoeinkommen dem Staat geben würden, sei das auch ungerecht der arbeitenden Bevölkerung gegenüber. Da müssten es auch die Rentner akzeptieren, einen Beitrag zu leisten.

Auch der Ausgleich der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch Urlaub, wie es im Gesetz vorgesehen gewesen sei, sei grundsätzlich eine gerechte Idee gewesen. Nur sei nicht bedacht worden, daß viele

Arbeitnehmer, vor allem Frauen, nur den unantastbaren, gesetzlichen Mindesturlaub hatten und deshalb den Ausgleich nicht nutzen konnten. Damit sei die Regelung an sich ungerecht geworden. An dieser Frage sei auch das Bündnis für Arbeit kaputt gegangen, weil die Bundesregierung die Regelung in Konfrontation und nicht im Konsens durchgesetzt habe. Der CDU habe beides schwer geschadet. „Die CDU hat gegen diesen Turbokapitalismus nichts gesagt und den Konsens in der Gesellschaft vernachlässigt, deshalb hat sie die Wahl verloren.“

Julian Nida-Rümelin beantwortete die Frage, ob die Gerechtigkeit politischer Institutionen sein müsse. Das moderne Gerechtigkeitsdenken sei im Gegensatz zum Denken in der Antike durch Egalität und Anonymität geprägt. Um den egalitären Charakter des modernen Denkens aufzuzeigen, bezog er sich auf Thomas Hobbes. Bei Hobbes sei kein Individuum in der Lage, sein Überleben zu sichern. Deshalb werde dem allgemeinen Interesse nach Frieden folgend ein Vertrag geschlossen, und dem Staat allein das Gewaltmonopol übertragen. Das sei ein normatives Phänomen, aus dem sich für die Politiker ableite, jeden gleich, egalitär zu behandeln. Akzeptierten die Politiker dieses Gebot nicht,

sei der Staat an sich gefährdet. Die Anonymität habe als Konsequenz, daß individuelle Merkmale für die Mitwirkung als Bürger keine Rolle spielen dürften.

Primäre Tugend

Nach den grundsätzlichen Erwägungen ging Nida-Rümelin auf die von John Rawls aufgestellte „Theorie der Gerechtigkeit“ ein. Rawls habe die Debatte über den Begriff Gerechtigkeit damit neu entfacht. Für ihn sei eine politische Institution dann gerecht, wenn sie die Zustimmung der unter ihr Lebenden finden würde. Die Menschen seien dagegen nur dann



Julian Nida-Rümelin: „Früchte der Zusammenarbeit gerecht verteilen“.

bereit zu kooperieren, wenn die Früchte der Zusammenarbeit gerecht verteilt würden. Daher sei für politische Institutionen Gerechtigkeit tatsächlich die primäre Tugend. Institutionen müßten gerade in einer multikulturellen Gesellschaft blind gegenüber den Adressaten sein. Das politische Handeln nehme dagegen Stellung und sei legitimerweise von mehr bestimmt als von Gerechtigkeit, die im konkreten Fall nicht von den Lebensumständen zu trennen sei.

Von der Gerechtigkeit im Alltag sprach der Richter Michael Huber aus Passau. An Hand von sieben, zum Teil recht amüsanten Fällen erklärte Huber, wie er versuche, zu gerechten Entscheidungen zu kommen. Zum Beispiel bei seinem ersten Fall überhaupt, den er „Tod eines Hasens“ nannte. Ein Mädchen hatte den Besitzer eines

Schäferhundes auf 120 Mark Schadensersatz verklagt, weil dessen Hund ihren Angorahasen totgebissen hatte. Es kam zur Verhandlung und Huber gab dem Mädchen recht, fand aber die Forderung als zu hoch angesetzt. Trotzdem setzte er den Schaden auf 120 DM fest, denn sonst hätte sich das Mädchen an den hohen Prozesskosten beteiligen müssen. In diesem Fall hielt er es für gerecht, den ideellen Schaden einzubeziehen.

Die Tücken des Erbrechts zeigte Huber an dem Fall „Die untreue Witwe“ auf. Ein Mann hatte seiner Frau sein Vermögen mit der Absicht vererbt, daß sie es später an die Kinder weitergeben solle. Die Frau habe allerdings einen anderen Erben eingesetzt, und die Kinder seien leer ausgegangen. Ungerecht im Sinne des gesunden Menschenverstands, aber rechtens nach dem Gesetz. Sehr schwierig werde die Frage nach der Gerechtigkeit bei scheinbar unerklärlichen Gewalttaten durch Kinder wie beim „Axttäter aus Wegscheid“. Ein Bub habe nach dem übermäßigen Konsum von Horrorvideos seine Spielkameradin mit der Axt schwer verletzt. Sei das Kind selber nicht mehr Opfer als Täter? Generell empfinde Huber ein Urteil als gerecht, „wenn alle Beteiligten es akzeptieren können.“

Stefan Hradil bezeichnete die Gerechtigkeit als den Kitt, der die Gesellschaft zusammenhalte. In der Bevölkerung schwinde die Meinung, daß die Gesellschaft gerecht sei, dramatisch dahin. Und das, obwohl die Verteilung von knappen Gütern wie Einkommen sich kaum geändert habe. Es gebe allerdings schon gute Gründe für diese Entwicklung. Frauen hätten zum Beispiel statistisch eine bessere Bildung als Männer, trotzdem seien sie im Berufsleben benachteiligt. Nur mit Hilfe von Quoten habe sich in manchen Bereichen etwas geändert, obwohl Quoten kein Beitrag zur Gerechtigkeit seien. Ebenfalls benachteiligt würden Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Trotz dieser Mißstände gebe es in der Öffentlichkeit keine ernsthafte Diskussion.

Die Wissenschaft sei da schon weiter, führte Hradil aus. Er stellte kurz die Theorien des liberalen John Rawls und

des kommunitaristisch orientierten Michael Walzer vor. „Lokale Gerechtigkeit“, ein Konzept von Jan Elster, sei das Neueste in der Diskussion um die Gerechtigkeit. Elster plädiere für den Abschied von den universellen Prinzipien und für Lösungen vor Ort. Hradil machte hier auf ein Paradox aufmerksam: Überall spreche man von Globalisierung, nur bei der Gerechtigkeit setze man auf Kleingemeinschaften. Kitt für eine Gesellschaft sei das aber nicht mehr.



Stefan Hradil: „Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält“.

Fotos: Stern

Über das zeitgemäße Verständnis der Gerechtigkeit aus Sicht der Politikwissenschaft sprach Hans-Otto Mühlen. Für ihn sei Gerechtigkeit ein Begriff für Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem Staat, die auf gegenseitigkeit beruhe. Gerechtigkeit sei der Punkt, wo sich Ethik und Politik verbinden würden. Für die Gesellschaft diagnostizierte er eine wachsende „Gerechtigkeitslüge“. Man versuche, Probleme wie soziale Diskriminierung und Umweltbelastung mit Methoden zu bekämpfen, die nicht mehr funktionieren würden. Hier seien die alten Mechanismen noch stärker als neue Einsichten. Daß sich etwas ändern müsse sei klar, denn sonst wäre es gerade im ökologischen Bereich ungerecht gegenüber denen, die unter den Problemen leiden und leiden werden. Die Privilegierten in den westlichen Ländern müßten erkennen, daß sie ohne ein gutes Gewissen gegenüber den anderen kein wirklich gutes Leben führen könnten. ■

Jürgen Stern

Europa vermitteln heißt Werte vermitteln

von Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen

Das Defizit ist erkannt. Die Beschränkung der europäischen Entwicklung auf materielle Werte, d.h. auf Währung und Wirtschaft, wird inzwischen in Politik und politischer Bildung gleichermaßen beklagt. Die Forderung, dies zu verändern, ist ein gängiger Topos. In dieser Situation meint man, die systemstabilisierende und integrationsfördernde Wirkung traditioneller Werte revitalisieren zu können. Dies könnte sich ebenso wie falsche ökonomische Versprechungen als fataler Irrtum erweisen. Hebt man zunehmend auf die Gemeinschaft stiftende Funktion kultureller Traditionen, von Normen oder Wert-Leitbildern ab, werden diese in einer Weise funktionalisiert, die ihnen selbst ebenso schadet wie dem politischen Prozeß der Integration. Schier kurios wird es, wenn die Bundesbank den „Stabilitätskonsens“ von Individuen und Gesellschaften als Voraussetzung für einen erfolgreichen, d.h. stabilen Euro nennt, als ob die deutsche Gesellschaft mit der Marktwirtschaft nicht 50 Jahre lang auf individuellen Profit getrimmt worden wäre. Die politische Philosophie weiß seit langem, daß das Gemeinwohl nur in Koinzidenz mit individuellem Nutzen eine Chance hat. Es könnte sein, daß die alten Werte beim Versuch, sie als Schmiermittel der politischen Einigung zu verwenden, um im Bild zu bleiben, zwischen die Räder wirtschaftlicher und politischer Interessen geraten.

Es ist ein alter Usus, die Geschichte und ihre Werte politisch benutzen zu wollen. Es gab immer zwei Arten mit Geschichte umzugehen. Man hat sie entweder benutzt oder man hat sie als aufklärendes Element angesehen. Die erste, zunächst noch wenig begründete These zu unserem Thema ist, daß der Versuch, das dümpelnde, bisweilen schwankende europäische Schiff durch traditionelle Werte zu stabilisieren und wieder flott zu machen, nicht erfolgreich sein kann. Vielleicht aber hat die politische Bildung eine, möglicherweise gute Chance, der europäischen Idee neue Impulse zu geben, wenn sie die Schwierigkeiten des Integrationsprozesses vor dem Hintergrund der europäischen Wertetradition kritisch reflektiert. Menschenrechte und Christentum, als zwei Pfeiler europäischer Kultur, werden vor allem dann eine der europäischen Integration förderliche Wirkung erzielen, wenn sie in ihrer die schlechten Verhältnisse kritisierenden, also dynamischen, auf Veränderung der Situation drängenden Funktion vermittelt werden. Europa ist der Erdteil der Aufklärung. Das gehört sicher zu seinem kostbar-

sten Erbe und gibt Anregungen zu der mit ihm verbundenen Ideen.

Europa ist nicht von Natur

Es gibt nicht Europa, es gibt es nicht einfach. Auch die Geographie hilft zur Identifizierung des westlichen Wurmfortsatzes von Eurasien nicht viel weiter, da die sicheren Grenzen anderer Erdteile fehlen. Es gab im Laufe der Geschichte ganz unterschiedliche europäische Dimensionen. Da war das Römische Reich, aber das ging über das heutige Europa hinaus, da gehörte auch die andere Seite des Mittelmeeres dazu; da gab es Europa als das Reich Karls des Großen, das manchen wieder wie ein Idealbild für das heutige erscheint. Da gab es das christliche Reich, was aber auch nicht „das“ Europa definiert, obwohl sich manche gerne darauf berufen - und dann gab und gibt es die Europäischen Gemeinschaften und schließlich die Europäische Union, und damit sind wir in der Gegenwart, in der es nochmals ein ganzes Spektrum von Europas gibt.



Hans-Otto Mühleisen: „Auf eine für alle verbindliche Europa-Idee verzichten“

Foto: Stern

Das Europa des Europarats mit immerhin 40 Mitgliedern - auch Protagonisten des Europarates fällt die Erklärung einer Mitgliedschaft Aserbaidschans oder Armeniens nicht leicht -, das der Europäischen Union mit 15, das Euroland mit 11 Mitgliedern, das Europa des Schengener Abkommens und schließlich die Idee und die Erwartungen für eine Osterweiterung, womit es dann wieder ein neues Europa der EU mit einer nicht absehbaren Zahl von Mitgliedern gäbe. Jede Definition beinhaltet nicht nur unterschiedliche Grenzverläufe innerhalb Europas, sondern wichtiger ist, daß mit diesen unterschiedlichen Europas, mit diesen verschiedenen Grenzen auch ganz unterschiedliche Wertegemeinschaften verbunden sind. Schon deswegen ist die Identifizierung Europas als Wertegemeinschaft ein schwieriges Unterfangen.

Für die Definition dessen, was Europa ist, gibt es heute wie in der Geschichte keine eindeutigen, sondern nur kontextuell zu erläuternde Kriterien. Statt der auf der Grundlage eines ideologisch verklärten und verbrämten Europabegriffs gängigen Forderungen nach Einheit würde die reale Einigung mehr befördert, wenn man aufklärte über die Motive für Entschei-

dungen für unterschiedliche Europas mit je unterschiedlichen Mitgliedern - wo gehört die Türkei dazu, wo nicht? - und auch über die diesen Mitgliedern entsprechenden, je eigenen Wertgemeinschaften. „Europa ist nicht von Natur - Europa ist durch Geschichte und durch Entscheidungen“.

Kein europäischer Königsweg

Es gibt nicht nur keine sichere Definition von Europa, sondern es gibt auch keinen einfachen Weg zu einem im-

unterschiedlichen Befindlichkeiten der Bevölkerung haben. Diese nimmt aufgrund ihrer je unterschiedlichen Situation natürlich auch Europa unterschiedlich wahr und verbindet sehr verschiedene Erwartungen mit dem Einigungsprozeß. Manche Inszenierungen europäischen Zusammenwachsens stimmen mit der Befindlichkeit der Menschen überein, manche passen nicht zusammen.

Es gab und es gibt immer durch zeitliche und gesellschaftliche Umstände bedingte unterschiedliche Weisen, Europa und seine Einigung zu verste-

Und es gibt das Europa der einfachen Leute, das immer sehr stark an deren spezifischen Bedürfnissen und Ängsten orientiert war und ist. Der Vermittlung des Europagedankens wäre es dienlich, wenn solche gesellschaftsspezifischen Wahrnehmungen Europas, die ganz natürlich mit entsprechenden Einstellungen zur europäischen Integration einhergehen, der politischen Bildung als differenzierte Ausgangslage dienten. Die hier skizzierten verschiedenen Wahrnehmungsweisen Europas in Verbindung mit der oben erläuterten Pluralität unterschiedlicher europäischer Identitäten verbietet es, dem Prozeß politischer Bildung ein zu einfaches, idealisiertes Europabild zugrunde zu legen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - Verfassungsprinzipien eines geeinten Europa

Europa wurde in seiner Geschichte geprägt durch eine Vielfalt äußerer Grenzen, eine offene Pluralität von Nationen und Kulturen. Die gegenwärtige Zusammensetzung des Europaplates und die in seinem Gebäude in Straßburg versammelten Kunstwerke sind dafür das beste Spiegelbild. Die bis heute bestehende Unsicherheit über die Außengrenzen - Gorbatjows Haus Europa hat immer Fragen angeregt, wer denn da hineingehört - entspricht der Pluralität der Binnenstruktur. Man wird deswegen bei der Zeichnung eines zukünftigen Bildes von Europa für die inneren Verhältnisse von einer Einheitlichkeit etwa ökonomischer Lebensverhältnisse absehen müssen. Man wird auch möglichst schnell den osteuropäischen Beitrittskandidaten zur EU diese Illusion nehmen müssen. Wenn eine ökonomische Gleichheit oder auch nur Vergleichbarkeit nicht erreichbar sein wird, wirft das die Frage nach gleichen oder unterschiedlichen politischen Ordnungsformen in Europa auf. So einfach, wie es sich noch in jüngeren Parteiprogrammen findet, daß die parlamentarische Demokratie und die soziale Marktwirtschaft zwei Seiten derselben Medaille seien, wird es nicht mehr sein, wenn die ehemals kommunistischen Ländern begreifen, daß



Walter Hanel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung

mer mehr vereinten Europa. Eine gern verbreitete Perspektive ist, die europäischen Staaten würzen immer besser und immer enger zusammen und am Ende säßen die Europäer alle in einem großen Boot - ein wunderschönes, altes politisch-theoretisches Bild, aber es hat mit der Realität wenig gemein. Vielmehr sind im Kontext der jeweiligen Zeitumstände ganz unterschiedliche Notwendigkeiten für bestimmte Schritte und Formen des Einigungsprozesses gegeben, die immer ihre Korrespondenz auch in bestimmten Belastungen, Ängsten, Sorgen, in

hen. Es gab z.B. das Europa der Intellektuellen in der Zeit des Humanismus. Für uns ist heute kaum noch vorstellbar, wie europäisch diese Leute gedacht haben, wie sie europäisch gegeist sind, wie die große Tour durch Europa bis hin in die Aufklärung selbstverständlich zum Bildungskanon gehörte. Das war das Europa der Intellektuellen, aber natürlich nie der einfachen Leute. Es gibt das Europa der Politiker, die kontextuell unterschiedliche Absichten mit ihrer Bereitschaft zur Integration in Abwägung zu nationaler Souveränität verbinden.

auch die Marktwirtschaft Klassengesellschaften zuläßt. Sicher wird man wie beim Europarat, so auch bei der Erweiterung der EU nur Staaten aufnehmen können, die wenigstens auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind. Als positives Element wird man aber zunehmend begreifen müssen, daß es eine Vielfalt geben wird, in der ökonomische und politische Ordnung unterschiedliche Formen annehmen kann. Es werden Grenzen sichtbar, hinter denen die Marktwirtschaft allein die Demokratie nicht mehr stabilisieren wird.

Das Wunder der europäischen Einigung, wie auch des europäischen Vorsprungs durch die Geschichte bis ins 20. Jahrhundert, hatte einen Grund in der Vielfalt der Katastrophen und der dadurch angeregten Impulse zur Katastrophenvermeidung und Katastrophenbeseitigung. Es ist beim Blick auf die Geschichte faszinierend zu sehen, wie der Aufstieg Europas immer dadurch befördert worden ist, daß Großreiche zerfallen sind: das Römische, das Karls des Großen, Spaniens, schließlich Frankreichs und in der letzten Konsequenz auch das nationalsozialistische.

Das Antideologische als Merkmal eines zukunftsorientierten Europa

Und es ist ebenso faszinierend zu sehen, wie sich bestimmte Ideenkreise seit ihrem Aufkommen als Beförderer europäischer Identität gezeigt haben: Das gilt für die antike Philosophie, die wissen wollte, was ist, und damit auch das Wissen vom Zusammenleben der Menschen begründete. Das gilt für die christliche Kultur, die mit der Idee der Geschöpflichkeit eine Idee von der Würde des Menschen vermittelte, und das gilt natürlich für die Aufklärung, die Individualität und Selbstbestimmung zur Grundlage der politischen Ordnung gemacht hat. Das gilt auch für die sozialen Ideen des 19. Jahrhunderts. Der Fortschritt Europas - und so wird man auch die Idee Europas vermitteln können - war immer eine Reaktion auf ganz spezifische Krisen. Die Gedankenkreise, die sich daraus entwickelten, antike Philosophie, Christentum, Aufklärung, waren untereinander und bis heute in Spannung. Konsequent ist es daher, auf eine wahre, für alle und alle Zeit verbind-

liche Europa-Idee zu verzichten. „Europa vermitteln“ könnte daher mit der Aufklärung über ideologisch verhärtete „wahre Europa-Ideen“ beginnen, die ausschließen, was nicht dazugehören soll, etwa im Sinne des Rechtseuropäismus, oder die diskriminieren, was die Vielfalt ausmacht, etwa im Sinne eines Linkseuropäismus. Wenn die Geschichte lehrt, daß es immer Ideologien waren, die bis in unser Jahrhundert zu den großen Verbrechen in Europa führten, so wird das Antideologische fast natürlich zum Merkmal eines zukunftsorientierten Europäers. Wenn dieser das Ziel politischer Bildung sein soll, so kann ihn die Vermittlung von für diesen Erdteil typischen Traditionen und Werten in Richtung eines europäischen Selbstbewußtseins bewegen, das im Sinne der oben skizzierten europäischen Eigenheiten geprägt wird durch Offenheit nach außen und Pluralität im Innern. ■

Gauck eröffnet Stasi-Ausstellung

Um Akten, Archive und die Aufarbeitung der kommunistisch beherrschten Vergangenheit in Ostmitteleuropa ging es bei einer Tagung mit Experten aus Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Deutschland. Mit von der Partie: die Gauck-Behörde. Zusammen mit Akademiedirektor Professor Dr. Heinrich Oberreuter (r.) eröffnete Joachim Gauck (l.) eine die Tagung begleitende Ausstellung unter dem Titel: „Alles im Griff - Spezifische Maßnahmen des MfS gegen Andersdenkende“. Hinter der hier bewußt übernommenen bürokratischen Sprache verbargen sich im Auftrag der SED sorgfältig ausgearbeitete Pläne der Staatssicherheit der DDR zur „Isolierung“ zehntausender „ausgewählter“ Bürger im Falle einer Staatskrise. Diese Pläne kamen bei der abschließenden „Krise“ von 1989, die für die Bevölkerung und sogar für Teile der SED-Mitgliedschaft die Befreiung war, nicht mehr zum Zuge. Ein Bericht über die Tagung ist für die nächste Ausgabe des Akademie-Reports vorgesehen.



Globalisierung als Entnationalisierung?

Zur Zukunft des Nationalstaats

von Dr. Volker Heins, Institut für Sozialforschung, Frankfurt/Main

Das Konzept der Globalisierung, als Vokabel erstmals nachgewiesen 1961 in *Webster's Dictionary*, hat einen metaphorischen Kern, der auf eine ausgreifende, weltumfassende Bewegung ungenannter Subjekte verweist, von denen wir annehmen dürfen, daß sie diese Bewegung nicht unverändert überstehen. Entgrenzung und Schrankenlosigkeit klingen an, und tatsächlich verkünden uns die populären Globalisierungs-Mythen jeden Tag den Sieg der Technologie über die Natur, den Sieg der Wünsche und des Vergnügens über die Moral und natürlich den Sieg der Märkte über die demokratischen Nationalstaaten, von denen der französische Soziologe Pierre Bourdieu neulich gesagt hat, sie seien die „Verwahrer aller universalistischen Werte, die mit der Idee der Öffentlichkeit verknüpft sind“ (*Le Monde diplomatique*, März 1998).

Ereignisse wie der sprichwörtliche Flügelschlag eines Schmetterlings am jeweils anderen Ende der Welt auslösen können. Drittens schließlich meint Globalisierung das zunehmende *Bewußtsein* der Einheit der Wirkungszusammenhänge der Welt. Jeder kennt die Bilder der NASA, auf denen die Erde so merkwürdig verletzlich, blau und warm aussieht. Ein Fehlschluß ist



Volker Heins

Drei Dimensionen

Um die Diskussion zu ordnen, kann man drei Dimensionen von Globalisierung unterscheiden: Erstens meint das Konzept die ungeheure Ausdehnung der *strategischen* Reichweite von Industriefirmen, Finanzinstituten oder Siedlungsanstalten. Dadurch verändert sich die politisch und topographisch gegliederte Erdoberfläche in eine Matrix von „Standorten“ – die Welt wird „multilokal“, wie die amerikanischen Hersteller eines bekannten coffeinhal-tigen Erfrischungsgetränks verkünden. Zweitens bezeichnet Globalisierung die ungeahnte Ausweitung der *nicht-intendierten* Folgen des Handelns aller Akteure. Das merkt man am Ozonloch, dem Artensterben oder der Steigerung von CO₂-Emissionen weltweit. Ein anderes Beispiel ist der von Meteorologen, Kriegsursachenforschern und Medienexperten beschworene „butterfly“-Effekt, d.h. die überproportionale Wirkung, die auch kleinste

es freilich, von diesem Bewußtsein der Einheit unseres irdischen Schicksals auf das Verschwinden der bisherigen politischen und moralischen Grenzzie-hungen zu schließen. Die Welt schrumpft, ohne zusammenzuwachsen.

Stärkung der Herkunftsbeziehungen

Dennoch passiert einiges, und vieles spricht dafür, daß sich unsere Solidaritäts- und Identifikationsbeziehungen wandeln. Ulrich Beck hat die Geschichte einer alten Dame aus Tutzing erzählt, die jedes Jahr ein paar Monate in Kenia verbringt und sich inzwischen in Afrika ebenso zuhause fühlt wie im heimischen Bayern. Er schließt daraus auf einen neuen Kosmopolitismus und eine radikal postnationale Stimmung bei wachsenden Sektoren der Bevölkerung. Allerdings muß die

Frage erlaubt sein, wie sich Kenianer wohl in Tutzing fühlen. Wir wissen aus der Migrationsforschung, daß das Leben in der Fremde oft nicht zum Abbau, sondern zu einer Stärkung der Herkunftsbeziehungen und einer entsprechenden Renitenz gegenüber kulturellen Assimilierungsversuchen im Gastland führt. Man könnte auch fragen, in welchem Sinne die Dame aus Tutzing tatsächlich in „Afrika“ ankommt. Eine Besonderheit der Globalisierung besteht nämlich darin, daß wir heute trotz ausgedehnter Reisen

„Die Globalisierung könnte sehr wohl mit einer Stärkung nationaler Motivlagen einhergehen, und Tendenzen der Entnationalisierung könnten auch dort auftreten, wo die Globalisierung gar nicht greift.“

immer weniger genuine Fremderfahrungen machen. Ungeheuer gewachsen sind auch die technologischen Möglichkeiten, Fremdkontakte auch in der Fremde zu vermeiden und außerhalb der eigenen Kultur, beispielsweise im Kokon einer Medienv Welt, zu verweilen, die weltweit eine Art synthetischer Geborgenheit schafft. Bezeichnend ist der Spruch, mit dem eine internationale Hotelkette für sich wirbt: „No matter where you are in the world, you'll never feel like a stranger.“

Interessant ist ferner das Beispiel des französischen Polizisten Daniel Nivel, der im Juni während der Fußball-Weltmeisterschaft in der Kleinstadt Lens von deutschen Hooligans beinahe totgeschlagen wurde. Die Welle der Sympathie für den Polizisten und seine Familie, die in der vom Sender „ntv“ demoskopisch ermittelten Forderung von 44% der Fernsehzuschauer nach der Abreise der deutschen Fußball-

Nationalmannschaft gipfelte, kann gewiß als Indiz einer Entnationalisierung gewertet werden. Eine vergleichbare Emotion wäre zu Beginn dieses Jahrhunderts kaum vorstellbar gewesen, als Max Weber noch unumwunden von der französischen und der deutschen Kultur sprach, die sich unvermittelt wie „verschiedene Götter“ gegenüberstünden, „und zwar für alle Zeit“. Aber auch eine andere Deutung ist möglich. Scham und Wut rührten daher, daß der Angriff eines deutschen Gewalttäters nicht nur den Körper eines französischen Polizisten, sondern auch das zivilierte Bild traf, das „wir“ uns von uns selbst machen und aufrechterhalten möchten. Die traurige Geschichte hat den imaginären Selbstbezug eines deutschen Kollektivs aktiviert, das sich des Missetäters in den eigenen Reihen schämt und damit hinterrücks das Nationalgefühl bestärkt.

Dies bringt mich zum Begriff der „Nation“, bei dem es sich, wie Weber festgestellt hat, um einen „Wertbegriff“ handelt, d.h. um eine von mehreren Möglichkeiten der Selbstbeschreibung von Kollektiven. Die Nation ist nicht in demselben Sinne real wie Staaten, Betriebe oder Familien. Sie kennt weder Stammbäume noch Organigramme, sondern hat ihren Sitz in bestimmten Mustern von Einstellungen, gegenseitigen Erwartungen und Zumutungen. Daraus läßt sich eine erste vorläufige Schlußfolgerung ableiten: Globalisierung und die Veränderung nationaler Einstellungsmuster sind Prozesse, die nicht auf derselben Ebene angesiedelt sind und unterschiedlichen Antrieben gehorchen. Seien wir auf Überraschungen gefaßt! Die Globalisierung könnte sehr wohl mit einer Stärkung nationaler Motivlagen einhergehen, und Tendenzen der Entnationalisierung könnten auch dort auftreten, wo die Globalisierung gar nicht greift.

„Neues Mittelalter“

Was jedoch wären die Konsequenzen einer radikalen Entnationalisierung der Gesellschaften? Kosmopoliten neigen zu einer ziemlich rosigen Sicht der Dinge, während andere auf die häßlichen Alternativen zur demokratischen Nation verweisen: Kastenordnungen,

Stammesfeinden, kalte Bürgerkriege, „no-go areas“. Einige Beobachter wie z.B. Alain Minc haben in diesem Sinne den Begriff der Nation vor dem Hintergrund eines Zerfallsszenarios zu retten versucht, in dem große Teile der politischen und sozialen Welt zur Beute von Sekten und Separatisten werden. Hier wird jedoch die Nation mit dem Staat verwechselt, während es in Wirklichkeit darauf ankommt, einerseits Nation und Staat analytisch zu unterscheiden, andererseits die Spezifität der historischen Konjunktur zu würdigen, die zur Verknüpfung bei-

nung verwandelt werden könnte, die er provisorisch als „neues Mittelalter“ bezeichnete. Darunter verstand Bull ein globales politisches Ordnungsmuster von sich überlappenden und fragmentierten Autoritäts- und Loyalitätsbeziehungen, in denen der Staat - und in einem etwas anderen Sinne die „Nation“ - durch eine Vielzahl von „illegalen“ Akteuren in seiner territorialen Machtausübung erheblich eingeschränkt und auf residuale Funktionen reduziert würde. Eine solche Ordnung hätte nicht zuletzt Folgen für die Politikwissenschaft, die das Verhältnis von



Karikatur: Tomaschoff

der in Gestalt des europäischen Nationalstaats führte.

Dies ist aus meiner Sicht besonders dem englischen Politikwissenschaftler Hedley Bull gelungen, der bereits vor zwanzig Jahren viele der heutigen Diskussionsstränge vorweggenommen hat. In seinem Buch „The Anarchical Society“ stellte er einige Indizien zusammen, die dafür sprechen, daß das bestehende System souveräner Staaten über kurz oder lang in eine Ord-

Staat und Bürgerschaft als (freiheitsrechtlich temperierte) Hierarchie denkt, während sie das Verhältnis der Staaten untereinander als (diplomatisch temperierte) Anarchie denkt. Der neue postnationale Gesellschaftstyp lockert dagegen die Beziehungen der öffentlichen Institutionen des Staates zur „eigenen“ Wirtschaft und Bevölkerung und produziert bisher unbekannte Kommunikationsstörungen. Der Staat hört auf, in erster Linie ein

Agent der kompensatorischen Herstellung bürgerlicher Gleichheit in einem Milieu wirtschaftlicher Ungleichheit zu sein und wird zum Dolmetscher von Weltmarktimperativen, der nationale Emotionen allenfalls noch taktisch nutzt. Aber auch die Gesellschaftsmitglieder knüpfen als Manager, politische Aktivisten oder Privatleute immer mehr transnationale Verbindungen.

Bull betrachtete eine solche Situation als denkbare Konsequenz von im wesentlichen fünf Tendenzen: der supranationalen Integration von Staaten, der separatistischen Abspaltung subnationaler Bevölkerungsgruppen, des anhaltenden Aufstiegs freiwilliger transnationaler Organisationen, der Einflußsteigerung weltweit operierender Konzerne und der zunehmenden technologischen Vereinheitlichung der Welt. Ich werde alle fünf Tendenzen kurz aus heutiger Sicht kommentieren.

Machtverlust des Nationalstaates

Tatsächlich haben nicht-souveräne Akteure in einem Maße an Umfang und Einfluß gewonnen, daß von einem nationalstaatlichen Monopol auf Politik immer weniger die Rede sein kann. Unübersehbar ist besonders der Machtverlust, den der traditionelle Nationalstaat durch das Wachstum und die Globalisierung der Operationsbasis transnationaler Konzerne erleidet. Die weltweite Durchsetzung und drastische Verbilligung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, die Entwicklung internationaler Finanzmärkte, die Einführung flexibler Fertigungsverfahren und die netzwerkartige Reorganisation von Unternehmensstrukturen führen zu einem ungeheuren Anpassungsdruck auf die nationalen Gesellschaften, die sich mehr und mehr als weltmarktorientierte Wertschöpfungsgemeinschaften rekonstituieren müssen. Ungefähr Mitte der achtziger Jahre hat die Gesamtproduktion der jeweils ausländischen Filialen aller transnationalen Konzerne das Gesamtvolumen des Weltexports überschritten. Ein maßgeblicher Teil der Wirtschaft entzieht sich damit der Steuerung durch Nationalstaaten oder multilaterale Institu-

tionen. Nicht nur Entscheidungen über Produktionsstandorte, sondern auch über Art und Richtung technologischer Innovationsförderung oder über Fragen der betriebsinternen Konfliktregelung können zunehmend ohne Rücksicht auf staatliche Maßgaben gefällt werden.

Die Folgen davon sind zwiespältig. Einerseits begünstigt die Globalisierung wilde ökonomische Aufholjagden und alle möglichen neuen Formen industrieller Piraterie. Bezeichnend ist die Umwidmung großer Teile von Geheimdienst-Etats zugunsten von Industriespionage oder ihrer Abwehr seit dem Ende des Kalten Krieges. Privater Protektionismus ist jedoch von begrenztem Erfolg, wie etwa jene westlichen Firmen lernen müssen, die den chinesischen Computermarkt erobern wollten, und jetzt Marktanteile an neu entstandene einheimische Unternehmen mit exotischen Namen wie „Legend“ oder „Great Wall“ verlieren. Ähnliches gilt für Medizintechnologie oder die Ausrüstung von Kraftwerken. Der Konkurrenzkampf zwischen Firmen und Weltregionen wird unerbittlich und fördert teilweise die Rückkehr einer vorindustriellen „Seeräuber- und Kauffahrerethik“ (Max Weber). Zugleich gewinnen transnationale Firmen an Respektabilität. In einer Zeit geschwächter Nationalstaaten wandelt sich nämlich die Praxis des traditionellen Lobbyings, und große Konzerne schlüpfen mehr und mehr in die Rolle eigenständiger quasi-diplomatischer Akteure, die beinahe auf gleicher Augenhöhe mit ausländischen Regierungsvertretern um Standortvorteile verhandeln. Wer Analogien zu einem solchen Typus nicht-souveräner Diplomatie sucht, muß schon zurückgehen bis ins Europa vor dem Ende des 15. Jahrhunderts.

Somit scheint der Traum moderner statistischer Denker unterschiedlicher Couleur von einem Staat, der kraft eigener Souveränität über die Wirtschafts- und Sozialverfassung frei entscheidet und den Grundsatz „*cuius regio eius economia*“ (Carl Schmitt) verwirklicht, endgültig ausgeträumt zu sein. Die Pointe ist jedoch, daß darum der Staat keineswegs verschwinden wird. Die Frage ist allerdings, wie er sich auf eine transnationale Gesellschaft beziehen wird, die von neuen

Autoritäten geprägt ist und in der nationale Einstellungsmuster nicht länger unbefragt gelten.

Ein prägnantes Beispiel für die Handlungsrestriktionen des Nationalstaats ist die Aushöhlung seines fiskalischen Monopols durch die Fähigkeit von Unternehmen und Vermögensbesitzern, sich immer erfolgreicher dem Zugriff nationaler Finanzämter und Steuerfahndungen zu entziehen. Allein in den „Steuerparadiesen“ der Karibik sollen über 400 Milliarden US-Dollar angelegt sein. Ferner wird das Staatsmonopol direkt herausgefordert, indem neben Staaten auch transnationale Mafias gigantische Steuereinträge in Form von Schutzgeldern erheben, die ihrerseits vor dem fiskalischen Zugriff der Staaten gesichert werden. Dies illustriert die perversen Effekte eines internationalen Staaten-systems, in dem sich insulare Kleinststaaten gleichsam zu souveränen Bankenvierteln erklären können, um auf diese Weise die fiskalische Souveränität größerer Flächenstaaten zu untergraben.

Autoritätsverlust

Dem wachsenden Gewicht nicht-souveräner Organisationen, die entweder profitorientiert sind oder für eine „Sache“ eintreten, entspricht die abnehmende Fähigkeit der Staaten, grenzüberschreitende Flüsse von Dingen, Ideen und Menschen zu kontrollieren. Der Drogenimport in die USA ist vielleicht eines der deutlichsten Beispiele hierfür. Nach einem neuen Bericht des General Accounting Office des amerikanischen Kongresses hat der Anti-Drogen-Krieg des mächtigsten Landes der Welt nicht einmal zu einer Veränderung der Preise oder des durchschnittlichen Reinheitsgrades illegaler Rauschgifte geführt. Der amerikanische Jahresbedarf von 300 Tonnen Kokain und 10 bis 15 Tonnen Heroin findet weiterhin ungehindert den Weg über die Landesgrenzen.

Eine bereits erprobte Antwort auf den Autoritätsverlust in wirtschafts-, sicherheits- oder auch umweltpolitischen Handlungsfeldern ist der regionale Zusammenschluß einzelner Staaten zu föderalen Großräumen. Am Beispiel des europäischen Einigungsprozesses läßt sich studieren, wie Staaten

ten ihre Handlungsfähigkeit dadurch zu bewahren suchen, daß sie Teile ihrer Souveränität an selbstgeschaffene höhere Instanzen abgeben. Der Umstand jedoch, daß sich die verschiedenen nationalstaatlichen Souveränitäten kaum jemals zu einem Super-Staat bündeln dürften, könnte zu einer „mittelalterlichen“ Verwirrung darüber führen, wo der Sitz der Souveränität eigentlich ist. Eine weitere Ironie der europäischen Integration kann darin gesehen werden, daß sie im Zuge ihres Fortschritts Desintegrationspotentiale in Gestalt regionalistischer Bewegungen freigesetzt hat, eine Entwicklung, die übrigens ältere Enthusiasten des Europagedankens voraussahen und ausdrücklich begrüßten.

Während im Kern Europas aller Voraussicht nach die langsame Ablösung unterschiedlicher Staatsfunktionen

der Perspektive die skizzierten Trends verfolgen, - die Integration und Desintegration von Staaten, den Anstieg grenzüberschreitender privater Gewalt und die durch technologische Fortschritte erleichterte Vermehrung transnationaler Organisationen -, dann übersehen wir leicht die subjektive Unterwelt dieser Prozesse.

Deutsche „Mimophanten“

Der klassische Nationalstaat war darauf bedacht, ein bestimmtes Muster politischer Subjektivität durchzusetzen und zu pflegen, wie der oben zitierte Satz Max Webers über die göttlergleichen Nationalkulturen Frankreichs und Deutschlands illustriert. In der Epoche des Nationalstaats kam es

Kreuzungen aus Mimosen, die hochsensibel waren für das Leid jedes deutschen Schäferhunds, und Elefanten, denen noch das schlimmste Los, solange es Fremde traf, nicht unter ihre dicke Haut ging.

Dies hat sich gewiß geändert, wie nicht zuletzt die Erfolge von Organisationen wie Greenpeace oder Amnesty International zeigen. Erst recht nach dem Ende des Kalten Krieges äußert sich der Machtzuwachs transnationaler nicht-souveräner Organisationen in einer schleichenden Verschiebung von Wir-Gefühlen, Loyalitäten und Ängsten. Bereits die weltweiten Friedensbewegungen haben den öffentlichen Streit darüber gesucht, wovor die Bürger legitimerweise Angst haben sollen. Gewiß war die Angst auch in der nationalstaatlichen Epoche letztlich unbeherrschbar. Der Unterschied zu heute ist jedoch, daß es eine Pluralität von Angstoptionen gibt, für die von den Organisationen und Sekten einer entgrenzten Bürgerschaft regelrecht geworben wird. Wer sich anstecken läßt von der Angst vor vergifteten Lebensmitteln, dem Schmelzen der Polkappen oder der Manipulationsmacht der Medien, darf sich des Zuspruchs entsprechender Lebensführungsgemeinschaften gewiß sein. In den USA hat die verschwörungstheoretisch gesteigerte Angst traditionell gestimmter Einwohner vor der Verschärfung der Waffengesetze durch die Regierung in Washington zu einem dramatischen Wachstum von Bürgermilizen geführt, die behutsamen Schätzungen zufolge inzwischen hunderttausend oder mehr Mitglieder haben. Sorgfältig kultivierte Ängste fungieren hier wie anderswo als Kitt trans- oder subnationaler Gesellschaftssegmente und hören auf, die alte nationalstaatliche Dialektik von Schutz und Gehorsam zu speisen.

Anders als uns viele moderne Gesellschaftswissenschaftler bisher gelehrt haben, scheinen wir in eine Ordnung hineinzugeren, in der Hierarchie und Anarchie, Kommunikation und Ausschluß, Verweltlichung und Religiosität merkwürdige, noch nicht recht begriffene Mischungsverhältnisse eingehen. Ich möchte meine Ausführungen mit der Frage nach der Art und Weise abrunden, in der die Gegensätze von Universalismus und Partikula-



Karikatur: Tomaschoff

von ihrer nationalen Basis glimpflich verlaufen wird, äußert sich an den Rändern und außerhalb Europas das Auseinandertreten von Staat und Nation vielfach in Bürgerkriegen, die durch die Auflösung der klassischen Trinität von Staat, Heer und Volk gekennzeichnet sind. Damit ergeben sich auch, wie wir nach Erfahrungen im Libanon oder in Somalia wissen, große Schwierigkeiten für Interventionen von außen.

Wenn wir lediglich in objektivieren-

darauf an, in der Gestalt eines inneren oder äußeren Feindes eine bestimmte Zentralgefahr zu unterstellen, um im Anschluß daran legitime und illegitime Ängste zu unterscheiden und entsprechende Loyalitätsleistungen zuzumuten. Man kann hier von einem staatlichen Emotionsmanagement sprechen, das im Extremfall zur Schaffung von psychischen Zwittern führte, die Arthur Koestler mit Blick auf eine bestimmte deutsche Generation einmal „Mimophanten“ nannte, d.h.

rismus, Dynamik und Stagnation, Modernität und „Mittelalter“ unter den Bedingungen einer sich rasch wandelnden Weltgesellschaft imaginär verräumlicht werden. Ich verwende für dieses Problem den Ausdruck „moralische Weltkarten“, worunter ich die Abbildung moralischer Kategorien und politischer Orientierungen auf geographische Räume verstehe. Offenkundig ist die moralische Weltkarte der erwähnten „Mimophanten“ nur eine von vielen denkbaren.

Schreckbild des politischen Islam

Ich glaube, daß eine der bemerkenswertesten mentalen Trends im Westen zur Zeit darin besteht, daß sich der klassische „Orientalismus“ auflöst zugunsten einer gespaltenen Wahrnehmung jener Regionen, die nicht zum Westen gehören und die historisch immer wieder als Kontrastfolie für die Selbstdefinition Europas herhalten mußten. Auf der einen Seite steht das Schreckbild eines modernisierten politischen Islams, dessen Ironie darin besteht, daß er nicht nur eine Reaktionsbildung auf Globalisierungsstreß und moderne Entfremdungsprozesse ist, sondern diese Prozesse aufnimmt und in mancher Hinsicht sogar radikalisiert. Auch er ist ein transnationales Phänomen, das Nationalstaaten bedroht.

Auf der anderen Seite ist der „Osten“ heute der Ferne Osten, der in einer Weise wahrgenommen wird, die manchmal geradezu an säkularisierte Paradies-Vorstellungen anknüpft. Die moralischen Weltkarten des europäischen Mittelalters verzeichneten den Ort des irdischen Paradieses irgendwo jenseits des Ganges, in *India extra Gangem*, wofür die Produkte dieser Region - weißer Zimt und Zimtblüten, Smaragde, Ingwer und Rhabarber - den untrüglichen Beweis zu liefern schienen. Heute gibt es eine durchaus verwandte westliche Begeisterung für das asiatische Wirtschaftswunder, die erst in jüngster Zeit durch die Turbulenzen auf den Finanz- und Aktienmärkten Asiens etwas gedämpft worden ist. Tatsächlich scheint sie sich eher zu verlagern von den Tigerstaaten auf China und teilweise Indien.

Gerade Bill Clintons Chinareise im Sommer hat gezeigt, wie robust der westliche Glaube an ein entstehendes neues China ist, das eine britische Zeitschrift als das „blaue“ China beschrieb: „den Küsten zugewandt, außenorientiert, weltoffen, tolerant und zunehmend kultiviert“ (The Economist, 27. Juni 1998). Nach wie vor gehen Experten davon aus, daß innerhalb der nächsten zwanzig bis dreißig Jahre Asien (ohne Japan) die Industrieländer des Westens in mancher Hinsicht an Innovationskraft und Output übertreffen könnte. Bereits heute besteht eine Situation, in der ökonomische und soziale Modernisierungsimperative dem Westen erstmals *von außen* aufgezwungen werden. Kein Wunder, daß die Entstehung einer unverhofft globalen Moderne zu mächtigen Irritationen des westlichen Bewußtseins führt und Zweifel nährt an der eigenen moralischen und wirtschaftlichen Stärke. Plötzlich fühlt sich der Westen in einer Situation „mittelalterlicher“ Erstarrung gegenüber einem dynamischen Osten.

Mentale Denationalisierung

Vor dem Hintergrund überliefelter Asienbilder ist dies eine ganz erstaunliche Entwicklung. Noch im deutschen „Historikerstreit“ galt Konservativen die Einrichtung von Konzentrationslagern unter Stalin als typisch „asiatische Tat“, und auch für die andere Seite war die Verteidigung von Menschenwürde und Demokratie synonym mit „Westorientierung“. Zuletzt hat noch einmal das Massaker im Juni 1989 auf dem Tienanmen-Platz in Peking das alte europäische Erschrecken vor Asien wachgerufen. Dieses Ereignis fiel jedoch bereits in eine Zeit anschwellender Asien-Euphorie, die inzwischen weite Teile der wirtschaftlichen und politischen Eliten Westeuropas erfaßt hat und erst durch die jüngste Krise etwas gedämpft worden ist. Der ältere westliche Asiendiskurs richtete sich sowohl gegen die soziale und wirtschaftliche Stagnation als auch gegen die Unfreiheit im Osten. Der neue Diskurs betont demgegenüber die Effizienz und Dynamik der asiatischen Wirtschaftsgesellschaften

sowie die angebliche Sittenstrengere und Loyalität der Asiaten. Asien repräsentiert nicht länger den verteufelten Gegensatz zur westlichen Demokratie, sondern eine willkommene Stichwortgeberin für die Selbstkritik dieser Demokratie unter dem Druck von Globalisierungs imperativen und verstärkter Standortkonkurrenz. Ein Beispiel aus dem deutschen Sprachraum bieten Herbert Henzler, Aufsichtsratsmitglied von McKinsey & Co., und Lothar Späth, die in zwei Büchern geschickt das Doppelgesicht von Reiz und Bedrohung des neuen Asiens herausgearbeitet haben. Auf die mutmaßliche wirtschaftlich-technologische Gefahr aus dem Osten wird dabei nicht mit einem *Verteidigungsreflex*, sondern einem *Nachahmungsappell* reagiert. In Deutschland hat zuletzt Linda Reisch, bis vor kurzem sozialdemokratische Kulturdezernentin in Frankfurt am Main, der neuen moralischen Weltkarte nach einem Aufenthalt in Hongkong öffentlich Ausdruck gegeben: „Von dort aus schaut unser altes Europa müde bis dekadent aus. Deutschland depressiv, starr, verfettet und selbstgefällig.“ In Hongkong, so Reisch, sei Schluß mit dem Schlendrian deutscher Gemütlichkeit und sogar die Fahrstuhltürnen schlössen sich schneller als bei uns.

Anders als die eingangs erwähnte Dame aus Tutzing machte die Dame aus Frankfurt offensichtlich eine echte Fremheitserfahrung, die sie positiv kontrastiert hat mit der Situation im „eigenen“ Land. Dies scheint für eine Konvergenz von Globalisierungsrhetorik und mentaler Denationalisierung zu sprechen. Andererseits gilt auch hier, daß der für das Nationale charakteristische Selbstbezug auf ein imaginäres Kollektiv, von dem wir uns wünschen, es möge „schlanker“ und nicht so selbstgefällig sein, aufrechterhalten und geradezu gestärkt wird.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

Nr. 01-1 7. - 9. 1.	Freiheit und Innere Sicherheit Wertekonflikt und politische Erfordernisse Leitung: Maruhn	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 02-1 11. - 16. 1.	Europaforum 1999 Simulationen von Internationalen Organisationen Kooperationspartner: European Forum e.V. In englischer Sprache für Studenten aus verschiedenen Ländern Leitung: Piazolo	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 03-2* 18. - 22. 1.	Der SED-Staat - eine politisch-kulturelle Hypothek Leitung: Oberreuter/Kranenpohl	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 03-3 22. - 24. 1.	Streit um die Zukunft Ein Dialog zwischen den Zukunftskommissionen Leitung: Oberreuter/Hampe	Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
Nr. 04-1* 25. - 29. 1.	Sozialkunde, Geschichte und Erdkunde im neuen Hauptschul-Lehrplan Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Hampe/Schönauer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 04-2* 25. - 29. 1.	Ethik und Politik Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Diemer/Prankel	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 04-3 29. - 30. 1.	Rechtsextremismus in der pluralistischen Gesellschaft Leitung: Maruhn	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Der Direktor und das gesamte Team der Akademie wünschen allen Leserinnen und Lesern des „Akademie-Reports“ ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Wir bedanken uns bei allen Freunden und Förderern für die Anregungen und Unterstützung im vergangenen Jahr. Wir freuen uns, wenn Sie uns auch im nächsten Jahr die Treue halten und auch 1999 wieder Guest in unserer Akademie sein werden.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Februar

Am Ende von Politik und Demokratie? Herausforderungen der Globalisierung

Nr. 05-1, 1. - 3. Februar 1999

**Tagungsgebühr: DM 100,-
(ermäßigt DM 50,-)**

Leitung:

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Dr. Uwe Kranenpohl**

Sekretariat:

Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Das „Ende der Demokratie“ prognostizierte vor einiger Zeit Jean-Marie Guéhenno angesichts der unübersehbaren Tendenzen der Globalisierung - und auch andere Publizisten und Wissenschaftler stimmten ihm zu. Nicht zu bezweifeln ist, daß die nationale Politik ihre Steuerungsfunktion gegenüber den anderen sozialen Sektoren nicht

mehr so leicht, wie in der Vergangenheit gewohnt, gelten kann. Ist damit der Staat aber bedeutungslos geworden? Und wie steht es mit der legitimen Forderung der Bürger, den Kurs des Gemeinwesens demokratisch mitzubestimmen? Stehen wir tatsächlich am Ende von Politik und Demokratie?

Nr. 05-2

1. - 3. 2.

50 Jahre Bundesrepublik in historischer Perspektive:

Ideenbörse für Journalisten

Leitung: Schröder/Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Im eigenen Interesse - Die Parteien und ihre Newcomer

Nr. 05-4, 5. - 7. Februar 1999

**Tagungsgebühr: DM 150,-
(ermäßigt DM 75,-)**

Leitung:

**Susanne Gaschke
Dr. Uwe Kranenpohl
Stephan Schleissing**

Sekretariat:

Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

„Politikverdrossenheit“ greift um sich, junge Menschen sind heute nur noch für konkrete politische Projekte zu gewinnen. So oder ähnlich lauten Diagnosen zur - wie es scheint - mangelnden Bereitschaft junger Menschen, sich längerfristig in politischen Parteien zu engagieren. Sind die Parteien aber wirklich so abschreckend, wie landläufig geglaubt wird? Oder geben sie auch Jugendlichen und

jungen Erwachsenen Möglichkeiten, die Zukunft Deutschlands mitzubestimmen? Politischer Nachwuchs, Wissenschaftler und Publizisten werden ihre Einschätzung präsentieren.

Es referieren u.a. Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, Stefan Schwarz, MdB 1990-94, Prof. Dr. Andrei S. Markovits, Harvard.

Nr. 06-1

8. - 12. 2.

Journalisten im Netz

Das Internet als publizistische Herausforderung

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel.: 08158/256-46

Nr. 07-2*

19. - 21. 2.

Politik und Gesellschaft der 50er Jahre

Jahrestagung mit der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien

Leitung: Grosch

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel.: 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 08-1*	50 Jahre Bundesrepublik - 10 Jahre Deutsche Einheit	
22. - 26. 2.	Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Weber/Münchenbach	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 08-2*	Jugendliche und das Recht	
22. - 26. 2.	Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Piazolo/Schönauer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 08-3	Vor Ort initiativ - Lokale Agenda-21	
27. 2.	Aktivitäten im Fünf-Seen-Land und Pfaffenwinkel In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing Leitung: Grosch/Willenborg/Held	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

März

Nr. 09-1	Nachhaltiges Wachstum?	
1. - 3. 3.	Schnittstellen in der Arbeit der Sachverständigenräte für Wirtschaft und Umwelt Expertentagung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Tutzing Leitung: Hampe/Held	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

NATO - 50 Jahre Garant des Friedens in Europa

Nr. 09-2, 5. - 7. März 1999	Leitung:	Sekretariat:
Tagungsgebühr: DM 100,- (ermäßigt DM 50,-)	Dr. Horst Denzer	Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anlässlich des Abschlusses des Nordatlantikpacts am 4. April 1949 gestaltet die Akademie in Kooperation mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft eine Tagung im Vorfeld des 50. Geburtstags der NATO. Es geht hier nicht um einen historischen Rückblick auf das erfolgreichste Militärbündnis der Welt. Vielmehr sollen aus erster Hand die gegenwärtigen und zukünftigen Möglichkeiten der

NATO unter veränderten Bedingungen nach dem Zusammenwachsen von ganz Europa erörtert werden: Die Rolle der Führungsmacht Amerika, die Rolle der NATO als Friedensstifter auf dem Balkan, die Möglichkeiten im Ostseeraum, die Frage der Osterweiterung und die Rolle Deutschlands in der NATO.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Rundfunk und Demokratie in Mittel- und Südosteuropa

Zwischenbilanz der Transformation

Fachkonferenz in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Nr. 10-1, 8. - 10. März 1999

Tagungsgebühr: DM 90,-
(ermäßigt DM 45,-)

Leitung:

Dr. Michael Schröder
Barbara Kamutzki

Sekretariat:

Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Zehn Jahre nach dem Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft bietet auch die Rundfunklandschaft der Transformationsländer ein neues Bild: Wo zuvor Staatsrundfunk die Programmhoheit innehatte, wetteifern jetzt öffentlich-rechtliche und private Hörfunk- und Fernsehanbieter um die Gunst des Publikums.

Über diese Sender, ihre Programmleistungen, innergesellschaftliche Auseinandersetzungen um Medienpolitik und -kontrolle, wirtschaftliche Zusammenhänge und Fragen der technischen Verbreitung wird hier im Westen allerdings nicht kontinuierlich berichtet.

Diese Fachtagung möchte daher die Rundfunkentwicklung in Ländern des vormaligen Ostblocks an ausgewählten Beispielen illustrieren, das Beziehungsgeflecht zwischen Politik, Wirtschaft und elektronischen Medien in einzelnen Ländern untersuchen und die Frage nach Umfang und Qualität des Beitrags von Hörfunk und Fernsehen zur Entwicklung und Stabilisierung demokratischer Öffentlichkeiten aufwerfen. Sie versteht sich als kompaktes Informations- und Gesprächsangebot für Journalistinnen und Journalisten aus den Ressorts Politik, Ausland, Aktuelles und Nachrichten.

Nr. 10-2

11. - 13. 3.

Die hartnäckige Armut:

Mindestsicherung, Bürgergeld, Sozialhilfe

(Inter-)Nationale Reformdiskussionen über das unterste Netz

Leitung: Grosch/Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 11-1

15. - 17. 3.

Gewerkschaften in Europa

Kooperationspartner: DGB Bayern

Leitung: Maruhn

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 11-2

Erfolgsmodell ohne Erfolgsbewußtsein? 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland

Leitung: Oberreuter/Kranenpohl

Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Wegen der Terminüberschneidung mit einer Tagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing zum gleichen Thema wird unsere Veranstaltung verschoben. Ort und Termin werden den Interessenten mitgeteilt.

Nr. 12-1*

22. - 24. 3.

Bürgerschaftliche Modernisierung der Verbandsarbeit

in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sozialwerk e.V. Landesverband Bayern

Leitung: Grosch/Willenborg

Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Nr. 12-3

25. - 26. 3.

Phoenix aus der Asche?

Zwei Jahre Ereigniskanal - Bilanz und Perspektiven

Leitung: Oberreuter/Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 13-1*

29. 3. - 1. 4.

Geburtsfehler und Implosion:

Analysen zum Untergang der DDR - zehn Jahre danach

Kooperationspartner: Gesellschaft für Deutschlandforschung

Leitung: Maruhn

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

April

- Nr. 14-1** **Die EU vor der Erweiterung um das Baltikum**
7. - 9. 4. Kooperationspartner: Europäische Akademie Bayern e.V.
Für Lehrer, Multiplikatoren aus der Europaunion, Wissenschaftler und Journalisten
Leitung: Piazolo Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
- Nr. 14-2** **Wie wir leben wollen**
9. - 10. 4. **Gesellschaftliche Leitbilder und soziale Entwicklungsprozesse**
Leitung: Oberreuter/Kranenpohl Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
- Nr. 15-1*** **Neuere Didaktik der politischen Bildung**
12. - 14. 4. Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber/Münchenbach Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 15-2** **Der Euro kommt - wo bleibt der Leser?**
12. - 16. 4. Europa und Wirtschaft als Themen in der Lokalzeitung
in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung
und Kommunikationsforschung an der Universität Passau
Leitung: Schröder Sekretariat: Heike Bäuerle Tel.: 08158/256-46
- Nr. 15-3*** **Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung**
14. - 16. 4. Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Willenborg/Münchenbach Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
- Nr. 15-4** **Ökonomie als Stabilitätsfaktor der Demokratie**
16. - 17. 4. Leitung: Maruhn/Hampe Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
- Nr. 16-1** **Willige Diener**
19. - 21. 4. **Erziehung, Medizin und Medien im Diktaturvergleich**
Leitung: Oberreuter/Kranenpohl Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Bonn war nicht Weimar - 50 Jahre Bundesrepublik (Offene Fachtagung)

Nr. 16-2, 22. - 24. April 1999
Tagungsgebühr: DM 90,-
(ermäßigt DM 45,-)

Leitung:
Dr. Michael Piazolo
Dr. Jürgen Weber

Sekretariat:
Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Bei der Gründung der Bundesrepublik stand Weimar insofern Pate, als die Verfassungsväter und in der Folgezeit alle verantwortlichen Politiker sich entschlossen zeigten, aus den Fehlern der ersten deutschen Demokratie zu lernen. Im Rückblick auf die ersten 50 Jahre der zweiten deutschen Demokratie läßt sich heute feststellen, daß das Unwahrscheinliche eintrat: aus einem geteilten Land wurde unter der wohlwollenden Kontrolle der westlichen Siegermächte eine Weltwirtschaftsmacht von politischem

Gewicht, und aus einem Land mit schlimmster diktatorischer Vergangenheit wurde eine respektierte freiheitliche Demokratie. Das europäisch-transatlantische Bündnis, der demokratische Verfassungsstaat und die soziale Marktwirtschaft entwickelten sich in dieser Zeit zu den tragenden Fundamenten der Bundesrepublik. Mit diesen Themen wird sich die Tagung in historischer und aktueller Perspektive befassen.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 17-1 26. - 30. 4.	50 Jahre Grundgesetz und Soziale Marktwirtschaft Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Hampe/Holz	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 17-2 26. - 30. 4.	Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Dritte Welt Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Diemer/Schorm	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Mai

Nr. 18-1 3. - 5. 5.	Das neue Vormundschaftsrecht auf dem Prüfstand Leitung: Grosch/Willenborg	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 18-2 3. - 5. 5.	Bildungspolitik im Umbruch? Kooperationspartner: Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Hausfrauen (AEH), Landesverband Bayern e.V. Für Mitglieder der AEH und Interessierte Leitung: Piazolo	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 18-3 6. - 8. 5.	Öko-Soziale Marktwirtschaft Leitung: Hampe/Willenborg	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 19-2 *	Fernsehserien und ihre politische Wirkung in Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen "Medienerziehung in Wissenschaft und Bildungspraxis" und "Gemeinschaftsaufgabe Medienerziehung in Bayern" Leitung: Schröder	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 19-3 14. - 16. 5.	Nachbar Polen - Annäherung statt Vorurteile Tutzinger Forum für Internationale Beziehungen Leitung: Denzer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 20-2* 18. - 20. 5.	Hitlers Krieg und Stalins Absichten Die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939/41 im Spiegel von Forschung und Archiven - Internationale Konferenz Leitung: Weber	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 21-3 28. - 29. 5.	Jenseits von Neoliberalismus und Antikapitalismus Leitung: Maruhn	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

In den frühen fünfziger Jahren nahm die Bundesrepublik Gestalt an. Aus einem besetzten Land wurde sie zu einem weitgehend souveränen Staat und wichtigen Bündnispartner des Westens. Ihr vielbewunderter wirtschaftlicher Aufstieg schuf das solide Fundament für eine parlamentarische Demokratie, die dem Verlangen der Menschen nach persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit in hohem Maße

Jürgen Weber (Hrsg.) *Aufbau und Neuorientierung. Die Geschichte der Bundesrepublik 1950 - 1955.* (Autoren: Jürgen Weber, Karl-Heinz Willenborg, Peter Steinbach). München: Olzog 1998. DM 78,00

entsprach. Das alles geschah vor dem Hintergrund der sich verfestigenden Teilung Deutschlands als Folge des Kalten Krieges.

Die politische, ökonomische und schließlich auch militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen war die Voraussetzung für ihre Sicherheit sowie für die Festigung Westeuropas und des europäisch-atlantischen Bündnisses. Die Wiedervereinigung hatte angesichts des Ost-West-Konflikts keine Chance. Sie gerann zu einem politischen Fernziel, an dem zwar festgehalten wurde, das aber der Verteidigung der eben erst gewonnenen freiheitlichen Lebensverhältnisse nachgeordnet blieb. Es ging um eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Darin waren sich alle maßgeblichen Gruppen in der Bundesrepublik einig, allerdings stritten sie über den geeigneten Weg dahin.

Dreizehn Autoren aus Deutschland, Großbritannien, Rußland, Frankreich und den USA haben jetzt Einzelstudien zur Rolle der Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges vorgelegt. Die Teilnehmer der vom Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e. V. und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing veranstalteten Wissenschaftskonferenz haben sich auf das methodisch Exemplarische beschränkt und der Versuchung einer Aufreihung der bekannten Spionagefälle und Enttarifungen widerstanden. Herausgekommen ist ein gut lesbarer bemerkenswerter Sammelband, in dem die Anfänge der westdeutschen



Angesichts dieser Lage rasch Herr im eigenen Haus zu werden und die Fesseln der Besatzungsherrschaft abzustreifen, mußte das Ziel jeder Bundesregierung sein. Konrad Adenauer erreichte dieses Ziel überraschend schnell, weil er in Washington und London als Garant für die Westbindung des jungen Staates und dessen freiheitliche Ordnung galt. Sein Eintreten für die außenpolitische Selbstbindung der Bundesrepublik schuf Vertrauen in der westlichen Welt, das die Deutschen dringend benötigten.

**Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hrsg.)
Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges (=Akademiebeiträge zur politischen Bildung/Akademie für Politische Bildung, Tutzing, Bd.30). Günter Olzog Verlag, München 1997; 272 S., DM 32,00**

Nachrichtendienste (Rückblick auf die legendäre „Organisation Gehlen“), Aktionen der ostdeutschen Spionage im Umfeld der Bonner Deutschland- und Ostpolitik, die Operationen des KGB auf deutschem Gebiet, die Rolle der CIA, amerikanische Gegenspionage in Deutschland nach dem Krieg sowie britische und französische Aktivitäten erstmals ausführlich beleuchtet werden. Angesichts der Politik der verschlossenen Akten haben die Wissenschaftler und ihre Forschungsobjekte, die Nachrichtendienste in Ost und West, ein Dilemma gemeinsam, das der Historiker Christopher Andrew (Universität Cambridge) definiert hat: „Wir wissen nicht, wieviel wir nicht wissen“. Die Frage, ob nachrichten-

dienstliche Informationen zur Entschärfung oder auch zur Verschärfung von Krisen beigetragen haben, konnte deshalb weder von den Wissenschaftlern noch von den anwesenden Praktikern (unter ihnen ein ehemaliger KGB-General) abschließend beantwortet werden. Die Fortschreibung der informativen Analysen mit internationaler und interdisziplinärer Beteiligung sollte schon deshalb angestrebt werden, weil - so der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter (Passau/Tutzing) - „Geheimdienstgeschichte ein wesentlicher Bestandteil der Forschung des Kampfes zwischen Demokratie und Diktatur im 20. Jahrhundert ist.“

Hans-Jürgen Grasemann
in: Deutsche Studien 1997, H.135/136

Das Ende der Politikverdrossenheit

Ob die Bundestagswahl 1998 eine Schicksalswahl war, hängt von der Perspektive ab: Für manchen Politiker mag sie als solche erscheinen, die Wahlforschungsinstitute wird sie - unabhängig von einem Regierungswechsel - routiniert die Zeitreihen fortführen lassen. Sensiblere Parteienforscher freilich werden das Ergebnis auch auf damit indizierte weiterreichende Veränderungen des Partiensystems und des politischen Systems insgesamt befragen.

Insofern ist der Titel des im Hinblick auf die Wahl flott zusammengestellten Sammelbandes *Ungewissheiten der Macht* geschickt gewählt. Er benennt sowohl die Spannung, die Bürger und Parteien vor jeder Wahl erfaßt, wie auch grundsätzliche Fragen nach zukünftiger Gestaltung staatlicher Macht. ...

... Die aufregenderen Beiträge gelten Fragen, die Gesellschaft und Wissenschaft über den Wahltag hinaus bewegen werden. Oberreuter beobachtet im Wahlkampf 1998 unter den Stichworten „Personalisierung und Professio-

nalisierung“ grundsätzlichere Konflikte: Der gesellschaftliche Trend zu „Egozentrik und individueller Nutzenmaximierung“ erschwert den Parteien ihre Aufgabe der Lösung und Vermittlung komplexer und kontroverser politischer Probleme. Aber: „Die Agen-

Heinrich Oberreuter (Hrsg.)
Ungewissheiten der Macht.
Parteien · Wähler ·
Wahlentscheidung.
Günter Olzog Verlag,
München 1998; 200 S.,
DM 19,80

den der Politik sind zu seriös, als daß sie den neuen Gesetzlichkeiten unterworfen werden könnten“. Andererseits sieht er, daß Parteien „die Gesellschaft gänzlich ihrer formierenden Kraft zu unterwerfen“ trachten. Solch widersprüchliche Befunde zeichnen ein realistisches Bild der Gesellschaft. Die mit ihnen verbundenen Gefahren lassen sich aber nicht mit der Einfordnung traditioneller Werte im ersten oder mit verfassungspolitisch gebote-

ner Abstinenz im zweiten Fall erreichen. Hier tut längerfristige Aufklärung not, daß Demokratie und Marktwirtschaft eben nicht zwei einfach vereinbare Seiten derselben Münze sind, sondern daß sie Gemeinwohl und Eigeninteresse in vielfältige Konflikte setzen ... Die Synopse der Beiträge ergibt ein mehrdeutiges Bild. Die Einführungen in Grundfragen der Parteien- und Wahlforschung sind nützlich, aber man wird sie hinter dem Titel nicht vermuten. Die anderen Beiträge benennen gesellschaftlichen Zündstoff, der über den Wahltag hinaus zu diskutieren sein wird. Die zum Teil engagiert vorgetragenen Positionen werden dabei von Bedeutung sein.

Hans-Otto Mühleisen
 in: Das Parlament vom
 16./23. 10. 1998

Jürgen Weber/Michael Piazolo (Hg.): Autoren Walter L. Bernecker, Willi Dresen, Hans-Jürgen Göttemann, Bernhard Jahnitz, Adam Krzeminski, Michael Piazolo, Heinz Roggemann, Fernando Rosas, Christoph Schaefer, Edzard Schnidt-Jortzig, Friedrich-Christian Schroeder, Wolfgang Schuller, Günter Spindel, Clemens Vollnhals, Rudolf Wassermann, Jürgen Weber, Hartmut Wentker, Felicitas Werkentin, Hans Waller, Jürgen Zarubsky



Trotz aller Unterschiede in der Ideologie, Herrschaftspraxis und gesellschaftlicher Akzeptanz ähneln sich die Diktaturen des 20. Jahrhunderts in einem wichtigen Punkt: Sie bemächtigten sich frühzeitig der überkommenen Justizapparate und nutzten insbesondere die Strafjustiz für die Verfolgung ihrer politischen Gegner. Das Unrecht in der Form gesetzlicher Normen fand seine Fortsetzung und Zusitzung im Unrecht in der Gestalt der richterlichen Rechtsprechung. In diesem Band analysieren Juristen und Historiker die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus, im Faschismus (Italien, Spanien, Portugal), in den kommunistischen Diktaturen der UdSSR, Polens und der DDR. Sie befassen sich ausführlich mit der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen, den Versäumnissen und Erfolgen bei der Ahndung von Justizverbrechen durch den Rechtsstaat. Im Mittelpunkt der Analyse steht die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Wichtige neue Archivfunde sind in die Beiträge mit eingeflossen.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Oberreuter:

Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Situation - Analysen - Erfordernisse (Mithrsg.), München/ Tutzing 1998.

Ungewissheiten der Macht. Parteien - Wähler - Wahlentscheidung (Hrsg.), München 1998.

Arbeitszeit und Zeit zum Leben. Psychologischer und gesellschaftlicher Wandel, in: *Communio*, 27. Jg., 1998, Heft 3, S. 239-247.

Macht durch Wahlen: die Parteien, in: Ungewissheiten der Macht, a.a.O. S. 19-41.

Machtvolle Länder - machtlose Landtage? Überlegungen zur Parlaments- und Föderalismusreform, in: Bayerischer Landtag (Hrsg.), Föderale Machtbalance oder Blockade, München 1998, S. 8-19.

Personalisierung und Professionalisierung. Wahlkampf 1998, in: Ungewissheiten der Macht, a.a.O., S. 9-18.

Selbstregierung oder Stellvertretung. Zum Eigenwert repräsentativer Demokratie, in: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, a.a.O., S. 13-23.

Tempo para trabalhar e tempo para viver. Mundança psico-social, in: *Communio. Revista Internacional Católica*, 15. Jg., 1998, Heft 4, S. 308-316.

Wandlungen der politischen Kultur in Deutschland? Entwicklungstendenzen nach der Vereinigung, in: *Études Germaniques*, Heft 3/98, S. 599-617.

Wer regiert Amerika? Wandlungen im politischen System, in: Dirk Berg-Schlosser et al. (Hrsg.), Politikwissenschaftliche Spiegelungen. Ideendiskurs - Institutionelle Fragen - Politische Kultur und Sprache. Festschrift für Theo Stammen zum 65. Geburtstag, Opladen 1998, S. 217-228.

Widerstand als Tugend - politische Tyrannis als ethische Herausforderung, in: Helmut Wohlnout (Hrsg.), Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich, 2. Jg., Wien, 1998, S. 241-251.

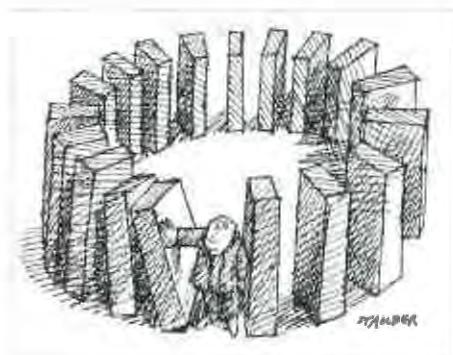
Dr. Horst Denzer (zusammen mit Hans Maier und Heinz Rausch):

Kroatische Ausgabe der „Klassiker des politischen Denkens“: Klasici Politickog Mislijenja, Zagreb: Golden Marketing 1998, 2 Bde., 316 und 332 S.

Dr. Peter Hampe:

Globalisierung und Arbeitsmarkt, in: Globalisierung im Horizont politischen Lernens, Loccumer Protokolle 53/97, Evangelische Akademie Loccum, 1998.

Arbeitslosigkeit in Deutschland: Entwicklung, Ursachen und Ansatzpunkte zur Reduzierung, in: DVPB aktuell, Report zur Politischen Bildung, Heft 4/98.



Dr. Uwe Kranenpohl:

Zwischen politischer Nische und programmatischer Öffnung: kleine Parteien und ihre Bundestagsfraktionen 1949 bis 1994, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 29. Jg., 1998, Heft 2, S. 244-262.

Zwang oder Loyalität? Willensbildung in kleinen Fraktionen, in: Gegenwartskunde, 47.Jg., 1998, Heft 3, S. 311-322.

Dr. Jürgen Weber:

Dimension und Bedeutung der Verbände in Deutschland, in: Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg Serie A Heft 1, Stuttgart 1998.

Peter Schmalz schreibt in der WELT vom 27. 7. 98 über die Expertentagung zur PDS-Programmatik:

Das Parlament dient nur als Propaganda-Tribüne

Aus der Ferne dringen die Worte Müntereferings bis an das Ufer des Starnberger Sees und werden mit Freude aufgenommen: Die Aufmunterung des SPD-Geschäftsführers an die Ost-Genossen, nach der Bundestagswahl den Pakt mit der PDS zu wagen, platzt mittler in die Tagung der Tutzinger „Akademie für Politische Bildung“ über die Zukunft jener Postkommunisten, die der neue Partner der Sozialdemokraten sein sollen. Wann war die Akademietagung aktueller als an diesem Wochenende?...

Die Experten haben das Programm der PDS, die bei der bevorstehenden Bundestagswahl in den neuen Bundesländern mit mindestens jedem fünften Kreuz rechnen kann, unter die Lupe genommen. Dort findet sich allerhand Vertrautes. Steht etwa im 28. Band von Lenins Werken die Ermunterung, die bürgerlichen Parlemente auszunutzen „als eine Tribüne, als einen Stützpunkt für die propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit“, so spricht auch die PDS vom Parlament als „öffentlicher Tribüne“ in einem System, das sie grundlegend ablehnt.

„Den Parlamentarismus“, meint der Münchner Politologe Jürgen Lang, „erkennt sie nicht als demokratisches Ziel an, sondern betrachtet ihn unter strategischen Gesichtspunkten und nutzt ihn als politischen Spielball für das eigentliche Ziel: den radikalen Umbau von Gesellschaft und Staat.“ Sie wolle zentrale Kraft einer fundamental-oppositionellen Bewegung sein und strebe die gesellschaftliche Hegemonie der Linken unter der organisatorischen Kuratel der PDS an.

Patrick Moreau, gebürtiger Franzose,

aber dennoch der kundigste unter den PDS-Beobachtern, kommt nach intensiver Lektüre zu einem vor allem die Verfassungsschützer in der Tutzinger Runde erstaunenden Ergebnis: Die PDS hat sich für ihre bürgerliche Tarnung wie für ihr eigentliches Ziel einer kommunistischen Restaurierung ein weithin vergessenes Vorbild genommen - den Gründer der Kommunistischen Partei Italiens, Antonio Gramsci, der 1937 in einem Mussolini-Gefängnis gestorben ist.



Manfred Wilke: „PDS strebt totalitäres System an“

... Moreau bezeichnet die PDS-Ideologien als „folgsame Gramsci-Leser“, viele seiner Gedanken hätten sie Wort für Wort übernommen und mit dem Marxismus verbunden, in dem sie ein globales Erklärungsschema und ein Werkzeug zur Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft sehen. Wie der Italiener geht die PDS ab vom „Bewegungskrieg“, also der Revolution, und wendet sich dem „Stellungskrieg“ zu: auf technisch-organisatorischer Ebene das bestehende System umwandern und aushöhlen.



Patrick Moreau: „Den ostdeutschen Abwehrmechanismen gegen Demokratie anerzogen“

Gramsci forderte die revolutionären Klassen auf, dabei auf ein System politischer Bündnisse zurückzugreifen und darüber das Bewußtsein der Massen zu beeinflussen. Diesem Ziel sieht Moreau die PDS ein gutes Stück nähergerückt: Es sei ihr gelungen, einem Teil der ostdeutschen Bevölkerung, die der Partei mehrheitlich feindlich gesinnt war, Abwehrmechanismen gegen demokratische Institutionen sowie politische und wirtschaftliche Eliten anzuziehen. Dazu gehöre die Verbreitung eines abwertenden Jargons wie „Kolonialisierung“ und „Siegerjustiz“. In der PDS habe Gramsci Erben gefunden, die ihm gerecht werden.

Für Moreau wie auch für den Berliner Historiker Manfred Wilke ist die PDS eine Partei, deren intellektuelle Führung langfristig und ganz im kommunistischen Sinne ein totalitäres System anstrebt und sich zunehmend Verbündete im Linkslager Westeuropas sucht. Allerdings: „Sie reden nicht offen vom Kommunismus, weil die Vokabel zu stark negativ belegt ist.“ Oder wie Gregor Gysi kürzlich meinte: „Es wird schon schwer genug sein, den Begriff Sozialismus zu rehabilitieren.“

Die Zeitschrift PZ der Bundeszentrale für politische Bildung brachte in ihrem Themenheft „Arbeit“ (Nr. 95/September 1998) ein Interview mit Akademiedirektor Oberreuter über die Ergebnisse der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission:

PZ: Die Zukunftskommission hat gesagt...?

Erstens: Wir haben es mit der Entwicklung zu einer „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ zu tun. Der Faktor Arbeit verliert an Bedeutung gegenüber den Faktoren Kapital und Wissen. Zweitens: Wir steuern auf eine Dienstleistungsgesellschaft zu, in der die Beschäftigungsfelder für Niedrigqualifizierte wachsen.

PZ: Beschäftigung für Niedrigqualifizierte?

Dahinter steckt keine „Amerikastrategie“, wie das böse genannt wurde. Niemand will Arbeitsmarktprobleme durch McJobs lösen. Aber wir sind daran interessiert, den „Fußkranken“ am Arbeitsmarkt, den Nicht- oder Schlechtqualifizierten, den schwer vermittelbaren Älteren Beschäftigung zu ermöglichen, zu bezahlbaren Löhnen versteht sich.

PZ: Höher als die Sozialhilfe?

Dieser Sektor muß so subventioniert werden - durch Kombilohn zum Beispiel -, daß die Beschäftigten ein selbsterzieltes Einkommen erreichen, das die Existenz trägt und einen deutlichen Abstand zur Sozialhilfe aufweist. Vergessen Sie nicht, daß wir damit dem Gefühl des Ausgeschlossenenseins aus der normalen Welt entgegenwirken, das viele Menschen entwickeln, wenn sie keinen Arbeitsplatz besitzen.



Heinrich Oberreuter: „Wir werden uns darauf einstellen müssen, das Wohlstandsniveau ein Stück abzusenken“

PZ: Lieber nicht so gut bezahlte Arbeit als gar keine?

Es kommt darauf an, für wen. Mit dem Begriff „Massenarbeitslosigkeit“ vermitteln wir völlig falsche Vorstellungen von dem, was wirklich ist: Das Geschehen am Arbeitsmarkt verläuft äußerst dynamisch. Wir haben eine Minderheit von Langzeitarbeitslosen, derzeit rund 1,5 Millionen. Die anderen zweieinhalb bis drei Millionen finden jeweils relativ schnell einen neuen Job. Das Problem ist das Ansteigen des Langzeitarbeitslosensockels - für die brauchen wir Jobs durch mehr Teilzeitarbeit, Kombilöhne oder vielleicht durch Arbeitszeitverkürzung.

PZ: Sollen Arbeitslose ehrenamtlich tätig werden?

Das Selbstwertgefühl eines einzelnen darf künftig nicht mehr nur von der Lohnsteuerkarte, sondern auch von seinem sozialen Engagement abhängen. Unser Stichwort: Bürgerarbeit. Wir stehen vor einer Herausforderung, für die es kein Partentrezept gibt.

PZ: Wird es eine Anpassung nach unten geben?

Wir werden uns darauf einstellen müssen, das Wohlstandsniveau ein Stück abzusenken. Arbeitszeitverkürzung zum Beispiel geht nur ohne Lohnausgleich, also mit weniger Geld. Wenn ich mir vorstelle, daß wir uns - speziell die Westdeutschen - langfristig auf das Wohlstandsniveau von 1993 einpendeln, dann frage ich mich: Wo liegt die Härte? Die Steigerungsraten, an die wir jahrzehntelang gewohnt waren, wird es nicht mehr geben.

PZ: Ist die Demokratie langfristig gefährdet durch die hohe Arbeitslosigkeit?

Die Demokratie bleibt stabil, so lange die sozialen Sicherungssysteme halten. Niemand kann aber zur Zeit sagen, wie lange sie halten werden. Wenn sich die Meinung durchsetzt: Lieber weniger Demokratie, lieber weniger Rechtsstaat, dafür einen starken Mann, der die Arbeitslosigkeit wegzauert, dann wird's gefährlich.

In der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 7. August schreibt Milos Vec über die Tagung zum 50jährigen Jubiläum des Verfassungskonvents von Herrenchimsee u.a.:

Die zu Tode gelobte Verfassung

... In seiner Eröffnungsrede zum fünfjährigen Jubiläum betonte Akademiedirektor Heinrich Oberreuter die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf die damals gelegten Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese - so auch Peter März, der stellvertretende Leiter der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit - drohten heute zu „verschwimmen“. Der Rückblick sollte der Selbstversicherung dienen und vom Vergessen bedrohte Werte der Verfassung ins Gedächtnis rufen.

Das Tagungsprogramm belehrte die Teilnehmer, in der Mehrzahl Lehrer an bayerischen Schulen, über das spezifische Verfassungsverständnis, das sich mit dieser Vergangenheitsbe trachtung verband. Denn diese be-

treter hätten damals als einzige einen Textentwurf nach Herrenchimsee mitgebracht und auf diese Weise eine stark föderal orientierte Diskussionsgrundlage geschaffen, an der die anderen Sachverständigen nicht mehr vorbeigekommen wären: So lautete die übereinstimmende Meinung der Referenten. Zu kurz kam in diesen Darstellungen regelmäßig die Tatsache, daß über die föderale Struktur des künftigen Staates überwältigende Ei-

ger. Die Entscheidung für eine föderative Staatsform sagt schließlich auch nichts über andere wichtige Grundentscheidungen. Kaum zur Sprache kamen etwa die obskuren monarchistischen Bestrebungen von damaligen bayerischen Vertretern. Die Kontinuitätssucht der Veranstalter war so groß, daß man solche Motive für die Ablehnung eines starken Zentralstaates lieber unter den Tisch kehrte.



Petra Weber



Barbara Fait



Hans-Ullrich Gallwas

schränkte sich bloß auf den Pendel blick zwischen den Föderalismusdis kussionen von damals und denen von heute. Aus bayerischer Sicht ist vor allem dieses Verfassungsgut so wert voll wie akut bedroht. Bayerns Ver-

nigkeit bei allen damals politisch maß geblichen Kräften herrschte. Die „Er fahrungen und Entgleisungen“ der Vergangenheit (Oberreuter), auf die der Verfassungskonvent von 1948 zurückblickte, wurden damit aus der Perspektive der Tagung auf einen Punkt verengt - den nationalsozialisti schen Zentralstaat. Überhaupt neigten die Tagungsveranstalter dazu, den Entwurf von Herrenchimsee vornehmlich institutionenorientiert zu betrachten. Denn „Föderalismus“ zielt auf die Macht- und Gestaltungsinter essen der Länder, nicht die der Bür

Eine Kontinuität ganz eigener Art er öffnete der Vortrag von Barbara Fait (Köln) über das „Verfassungsverständnis aus bayerischer Sicht“. Die Demokratie sollte von der Basis bis zur Spitze wachsen, so der damalige baye rische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD). Doch damit war bloß der institutionelle Aufbau gemeint, der von den Gemeinden über die Länder zur Staatlichkeit auf Bundesebene füh ren sollte, keineswegs aber eine unmit telbare demokratische Legitimation des neuen Staatswesens. Die Verfa ssungsgeber hielten damals wenig vom Volk und ließen es auch nicht über das spätere Grundgesetz abstimmen - weder 1949 noch 1990. Heinrich Ober reuter fand dies richtig und behauptete, der gemeinsame Bürger habe sich da mals in seiner Not nicht für die Verfassungsgebung interessiert.

Die Carlo-Schmid-Biographin Petra Weber und der Zeithistoriker Karl-Ulrich Gelberg referierten aus umfassender Quellenkenntnis über die verschiedenen Erwartungen, die sich mit Herrenchiemsee verknüpften. Während die SPD teilweise vor der Errichtung eines Weststaates zurückshieute und zurückhaltend agierte, betrieben die Bayern eine intensive Informationspolitik, um ihre Interessen zu behaupten. Sie ließen die Konventsberichte zunächst auf eigene Kosten drucken und schenkten den Teilnehmern folkloristische Teilnehmerurkunden, die diese auf die Ergebnisse verpflichteten sollten. Zudem frisierten sie die Protokolle leicht, so daß der bayerische Standpunkt in der gedruckten Fassung überrepräsentiert erschien. Daß dennoch ein insgesamt positives Fazit hinsichtlich des Entwurfs von Herrenchiemsee gezogen werden könne, lag, so Hans-Ullrich Gallwas (München), an der allseitigen Suche nach Konsens, wie es später auch die Beratungen im Parlamentarischen Rat bestimmte. In beiden Gremien saßen oft die gleichen Personen und bemühten sich um Einigkeit über die rechtliche Ausgestaltung des Provisoriums „Trizonesien“. Bereits hierin, so Gallwas, könne man den späteren Verfassungskonsens der jungen Bundesrepublik erkennen.

Die Grundrechte fanden in den Referaten kaum Beachtung. Schnell habe man sich auf die Voranstellung des Grundrechtskatalogs und seine Bewehrung mit einer Verfassungsgerichtsbarkeit verständigt, hieß es unisono. Doch die selbstgestellte Aufgabe der Vergewisserung der eigenen Grundlagen hätte gerade hier nach dem heutigen Stellenwert der Freiheits- und Gleichheitsrechte fragen können. Diskussionen hierzu gibt es - wenigstens außerhalb der Akademie - genug. (Siehe auch Seite 13-14)

Zu diesem Artikel äußert sich Dr. Franz Heubl, der in der Tagung als Zeitzeuge auftrat, in einem Leserbrief in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG vom 21. August u.a.:

Die Not lag 1948 näher als das Grundgesetz

... Es handelt sich dabei um eine einseitige, negative, zum Teil schlicht falsche Darstellung einer ausgesprochen positiven Tagung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Historische Wahrheit und demgemäß erörterte Tatsache war und ist, daß der auf Herrenchiemsee vorgelegte bayrische Verfassungsentwurf schon in der ersten Plenarsitzung am 13. August 1948 vom Tisch war. Ausdrücklich erwähnt wurde von Professor Oberreuter, daß nicht nur die Besatzungsmächte, sondern auch die deutschen Politiker eine föderale Verfassung wollten, wenn auch die Vorstellungen über die Aktualisierung des Föderalismus teilweise sehr kontrovers waren.

Der nationalsozialistische Zentralstaat spielte entgegen der Meinung des Artikelautors nur eine ganz geringe Rolle. Bezugspunkt war vielmehr in diesem Zusammenhang die viel wichtigeren zentralistischen Verfassung von Weimar. Daß „Föderalismus auf die Macht und die Gestaltungsinteressen der Länder und nicht der Bürger zielt“, ist eine Bemerkung, welche die ideologische Begrenztheit des Berichterstatters ebenso ausweist wie die Qualifikation des sehr fundierten Vortrages von Dr. Barbara Fait. Föderalismus, und das ist wohl unbestritten, ermöglicht durch Übersichtlichkeit bürgernahe Entscheidungen, größere Transparenz und wirksamere Kontrolle und dient damit dem Bürger. Aus meiner Erfahrung von damals kann ich sagen: Daß die Menschen seinerzeit an der Verfassungsdiskussion wenig Anteil nahmen, hängt damit zusammen, daß ihnen die Überwindung der tägli-



Dr. Franz Heubl

chen Not wichtiger erschien als die Diskussion über das Grundgesetz. Völlig daneben und ohne Sachkenntnis ist die Meinung, „die Verfassungsgebenden“ hätten damals wenig vom Volk gehalten und es auch nicht über das spätere Grundgesetz abstimmen lassen. Die Militärgouverneure wollten ein Referendum, die Ministerpräsidenten aber die Abstimmung in den Landtagen, um den provisorischen Charakter des Grundgesetzes zu unterstreichen. So sollte der Weg für das Zusammenführen des deutschen Volkes offen gehalten werden. Professor Oberreuter hat ausdrücklich und nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Konvent nicht nur mit dem Föderalismus befaßte, sondern auch mit den verpflichtenden Grundrechten, dem Bundesverfassungsgericht, der wehrhaften Demokratie und der Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf internationale Institutionen und so ein neues Modell einer deutschen Verfassung entstand.

Markus Behmer schrieb in epd Medien 74/98 über die Tagung „Rundfunk-Kultur - Kultur-Rundfunk?“:

Hömberg ruft nach „Qualitätsquoten“

Tutzinger Tagung war sich einig: TV-Kultur ist Domäne der Öffentlich-Rechtlichen.

Kultur im Fernsehen ist auch im fünfzehnten Jahr des dualen Rundfunksystems fast ausschließlich eine Domäne der öffentlich-rechtlichen Sender - dies war der Tenor einer Tagung zum Thema „Rundfunk-Kultur - Kultur-Rundfunk?“, die der Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) und die Akademie für Politische Bildung am 18. und 19. September in Tutzing veranstalteten. Die Privatsender seien, so meinte der Wiener



Wolfgang R. Langenbucher:
„Inflationäre Akzeptanzkultur“

Publizistikprofessor Wolfgang R. Langenbucher vor rund 60 Journalisten, Wissenschaftlern und Pädagogen im Eröffnungsvortrag, nach wie vor „primär und dominant Vertriebskanäle von nicht selten Uraltkultur und nur ausnahmsweise Produktionsstätten von Rundfunkkultur“.

Innovationen bezügen sich „bestenfalls auf trivialste und banalste Formen einer inflationären Akzeptanzkultur“, so Langenbucher. Gerade im Bereich

der Kultur - worunter sowohl „klassische“ Kulturberichterstattung als auch etwa Wissenschafts- und Bildungssendungen, Geschichtsvermittlung und anspruchsvolle Fernsehspiele fielen - sei also eine anhaltende Divergenz der Programminhalte zu erkennen.

Wie Ralf Hohlfeld von der Universität Eichstätt in einer Zusammenschau der einschlägigen Forschung ausführte, müsse die „Konvergenzthese“ von der Angleichung der Inhalte im dualen System differenzierter betrachtet werden. Zwar sei im programmatischen Ablauf und in der Formatierung einzelner Sendungen eine gegenseitige Orientierung von privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern festzustellen, doch blieben eigenständige Senderprofile zu erkennen. Gerade bei der inhaltlichen Ausgestaltung einzelner Beiträge gebe es weiterhin gravierende Unterschiede: Während etwa in Informationssendungen der öffentlich-rechtlichen Sender vielfach Problemlagen ausführlich geschildert würden, fänden sich bei den Privaten oft nur stark vereinfachte Sachverhaltsdarstellungen. Vertreter der kommerziellen Sender fehlten in Tutzing.

Ansprechende und unterhaltsame Präsentation angeregt

Die Teilnehmer waren weitgehend zuversichtlich, daß die Kulturberichterstattung im öffentlich-rechtlichen System ihren Stellenwert behaupten werde. Nur so könnten schließlich die Anstalten ihr Gesicht wahren und dem Grundversorgungsauftrag gerecht werden. Keine „Zeigefinger-Pseudo-Didaktik“ sei gefragt, sondern eine

ansprechende und unterhaltsame Präsentation. So plädierte Siegfried Quandt, Historiker und Professor für Fachjournalismus an der Universität Gießen, für mehr dramatische Elemente - etwa szenische Darstellungen - in der Geschichtsvermittlung.

Gegen die „Abschiebung“ von Kultur in öffentlich-rechtliche Spartenkanäle wandte sich Tagungsleiter Walter



Walter Hömberg: „Gegen Abschiebung in Spartenkanäle“

Hömberg, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Eichstätt. Zumindest dürften neue Spezialsender nicht zu einer Ausdünnung entsprechender Angebote im Vollprogramm führen. Gleichzeitig beklagte Hömberg die überhandnehmende Fixierung auf Einschaltquoten. Das tägliche Abendmagazin „Kulturzeit“ auf 3sat erreiche zwar, so führte er exemplarisch aus, nur durchschnittlich 0,3 Prozent Marktanteil, doch seien das immerhin 70.000 Menschen - mithin ebenso viele wie in rund 3.500 Volks hochschul-Veranstaltungen. Einschaltquotenmessungen sollten durch inhaltliche und formale Bewertungen ergänzt werden, wozu die Einführung von Programmwert-Kennziffern ein sinnvoller Schritt sein könnte. Hömberg sprach in diesem Zusammenhang von „Qualitätsquoten“.

Über die gleiche Tagung schreibt Silke Scheuermann im Feuilleton der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG u.a.:

An der Imbißbude

Eine Tutzinger Tagung suchte nach Qualität im Rundfunk

... „Als wir angefangen haben mit dem Fernsehen, wollten wir ein Vier-Sterne-Restaurant aufmachen, nun haben wir eine Kette von Imbißbuden“, wurde Hans-Joachim Kulenkampff auf der Tagung zitiert, die in Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) organisiert worden war und vor allem die Leistung der öffentlich-rechtlichen Sender herausstrik. Wolfgang Langenbucher aus Wien fand in deren Menü noch einiges, was der Sterne wert wäre. In seinem Beitrag „Der Rundfunk als Kulturinstitution“ erinnerte er an die originären Kulturprodukte des deutschen Rundfunks. Als traditionsreichstes Beispiel nannte er das Hörspiel, das aufgrund seiner fest etablierten Sendeplätze für die Einkommen vieler Autoren, Schauspieler, Regisseure und Dramaturgen einen hohen Stellenwert besitze. Daneben entwickelte sich als eigenständiges Genre rasch das Fernsehspiel, eine ganze Reihe von Autoren - etwa Gerd Oeschlägel, Dieter Meichsner, Claus Hubelek, Horst Lommer, Leopold Ahlsen und Karl Wittlinger - erschrieben sich in der Kontinuität der Fernseharbeit ihr eigenes Werk. Nicht nur das Fernsehspiel geriet mit dem Aufkommen der Privatsender Mitte der achtziger Jahre in die Krise, für Langenbucher sind auch die Dokumentarfilmer die Verlierer der Kommerzialisierung; bei ihnen ist ein geschlossenes Werk selbst dann nur noch schwer erkennbar, wenn sie über Jahre dieselben Sendeplätze beliefern.

Wenn man, wie in Tutzing versucht, einen Kulturbegriff von mittlerer Reichweite ansetzt - also weder die gesamte Alltagskultur einbezieht noch den engen Gütesiegel-Kulturbegriff

veranschlagt -, dann ist Kultur vor allem im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu finden. Das gilt auch für umstrittene Produktionen wie die „szenische“ Geschichtsdarstellung im Stile Guido Knopps, die mit Personalisierung, Dramatisierung und Emotionalisierung arbeitet und für die Siegfried Quandt von der Universität Giessen noch einmal einflammendes Plädoyer hielt. Die Menschen suchten im



Siegfried Quandt: „Beträchtlicher Einfluß auf die Meinungsbildung durch Geschichtsverfilmungen“ Fotos: Stern

zwanzigsten Jahrhundert, in dem „Geschichte sich massiv ereignet“, nach Orientierung, sagte er, - das Fernsehen könne sie geben. Der Einfluß auf die öffentliche Meinung ist bei solchen Geschichtsverfilmungen beträchtlich; da beruhigt es immerhin, daß die Privaten dieses quotenträchtige Spiel bislang nicht mitgemacht haben - aus Mangel an entsprechendem Personal offenbar. (Siehe auch Seite 15-16)

Werner vom Busch berichtet im NORBAYERISCHEN KURIER:

Wir sind keine geborenen Demokraten

Aufschlußreiche Tagung in Tutzing über das Schwarzbuch des Kommunismus

... „Peter Steinbach, Politologe aus Berlin, bestand in seinem Vortrag ‘Das Schwarzbuch des Kommunismus’ - *Katharsis oder Provokation?*“ darauf, dieses Buch dürfe keinesfalls als ein Schlußstrich unter das Thema verstanden werden. Er könne auch die Auffregung nicht verstehen, die das Erscheinen des Buches bei deutschen oder französischen Intellektuellen auslöste. Wer lesen wollte, so Steinbach, konnte sich schon in den fünfziger und sechziger Jahren über die Verbrechen des Stalinismus informieren. Über Jahrzehnte hin wurde diese Auseinandersetzung in der Wissenschaft jedoch wenig, nicht, oder nur in abgeschirmten Zirkeln geführt, die gerne als „Kalte Krieger“ diffamiert wurden. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei so alt, wie der Kommunismus selbst, allerdings auch die Schwierigkeiten mit der kritischen Beurteilung kommunistischer Terrors.

Karl-Wilhelm Fricke, der in den fünfziger Jahren von der Stasi gekidnappt und zu einer mehrjährigen Haftstrafe in der DDR verurteilt wurde, hat seit dieser Zeit fundierte, kritische Werke über die DDR geschrieben. Er wies in seinem Vortrag „Ein Schwarzbuch der Parteiaüberungen“ auf einen überraschenden, schockierenden Tatbestand hin: In Europa wurden seit der Oktoberrevolution 1917 bis zum Zusammenbruch des Kommunismus wesentlich mehr Kommunisten von den eigenen Genossen als vom politischen Gegner eliminiert.

Auf fröhlicher Welle

Erlebnis Donauschiffahrt

Wir bieten

tägliche Linienschiffe ab Deggendorf, Vilshofen und Passau

Rundfahrten ab Deggendorf und Passau

Abendfahrten am Wochenende

Sonntags-Buffet-Fahrt mit Galaschiff „Regina Danubia“ ab Passau

Sonderschiffe für Abschlußfeiern oder Schulausflüge

Besondere Ermäßigungen für Schulklassen

Kombinierte Fahrt mit Schiff und Rad entlang der Donau

Lernen Sie die Donau vom Schiff aus kennen.

Auf der Strecke von Deggendorf nach Vilshofen die freifließende Donau mit ihren zahlreichen Kiesbänken und Altwässern sowie einer faszinierenden Auenlandschaft.

Auf der Strecke von Vilshofen über Passau nach Engelhartszell und Linz das eng eingeschnittene Donautal mit den Kraftwerken Kachlet und Jochenstein. Erleben Sie die Schleusung durch das Kraftwerk.

Bitte melden Sie Ihre Fahrt bei uns an. Gerne senden wir Ihnen unser aktuelles Infomaterial zu.



Donauschiffahrt
WURM + HÖCK

94032 Passau, Höllgasse 26, Tel.: 0851/92 92 92, Fax: 35518
E-Mail: wurm-koeck@t-online.de, Internet: www.donauschiffahrt.de

Akademie für Politische Bildung
Postfach 220, 82323 Tutzing
Postvertriebsstück
„Entgelt bezahlt“, B 42656

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt Vorträge u.a. bei der Deutschen Richterakademie in Berlin, bei den Evangelischen Akademien Loccum und Tutzing, bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, beim Amerikanischen Generalkonsulat München sowie beim Jahrestreffen der German Studies Association in Salt Lake City. Außerdem wurde er in den Herausgeberkreis der „Beiträge zum Parlamentsrecht“ (Verlag Duncker & Humblot) und in den Beirat des „Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft“ in Bonn berufen.

VERWALTUNG

Als neue Mitarbeiterinnen in der Akademie begrüßen wir **Dagmar Hoerstke** und **Victoria Becker**. Frau Hoerstke hat am 1. September das Chefsekretariat übernommen, Frau Becker ist seit 19. Oktober in der Hauswirtschaft tätig.

Der Zivildienstleistende **Roman Stanslowski** hat die Akademie mit dem Ende seiner Dienstzeit am 30. September verlassen. Sein Nachfolger ab 1. Oktober heißt **Florian Schwatlo**.

KOLLEGIUM

Dr. Horst Denzer hielt einen Vortrag „Freiheit und Verantwortung - Grundlage für die Demokratie“ auf der Lehrerfortbildungstagung der Seminarrektoren und Seminarleiter im Regierungsbezirk Schwaben in Leitershofen bei Augsburg.

Dr. Peter Hampe hielt Vorträge zum Thema „Pro und Contra Europäische Währungsunion“ im Rahmen der Europäischen Hochschulwochen in Gauting und im Auftrag des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft in Westerham.

Im Rahmen seines Lehrauftrages an der TU Dresden hält er im Wintersemester ein volkswirtschaftliches Blockseminar über „Aktuelle Fragen der Wirtschaft an Hand des Wirtschaftsteils überregionaler Zeitungen“.

Er wurde wiedergewählt zum Landesvorsitzenden der Deutschen Vereinigung für politische Bildung, Landesverband Bayern.

Dr. Uwe Kranenpohl hat an der Universität Passau den Lehrauftrag „Verfassungsdiskussion. Historische und aktuelle Beispiele“ übernommen.

Dr. Michael Schröder war auf Einladung des Goethe-Instituts Guadalajara in Mexico und hielt vor Studenten und ehemaligen Stipendiaten des DAAD Vorträge über die aktuelle politische Situation in Deutschland nach den Wahlen und den Stand und die Perspektiven der europäischen Integration.

Dr. Jürgen Weber hielt einen Vortrag zur Gründung der Bundesrepublik 1948/49 bei einem Symposium der Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit in der Katholischen Akademie in München und sprach im Bayerischen Rundfunk über den Parlamentarischen Rat.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing